

Bevölkerungsschutz



Bundesamt für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

2 | 2005



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

seit einem Jahr gibt es nun das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und auch die erste große Bewährungsprobe durch die Ereignisse des Tsunami in Südostasien hat das junge Amt mit Bravour bestanden. Als Partner und Dienstleister im Bevölkerungsschutz hat das BBK eine wichtige Funktion im Rahmen der zivilen Sicherheitsvorsorge in Deutschland eingenommen. Dies findet allgemeine Anerkennung. Auch für die Bewältigung der in der näheren Zukunft bevorstehenden Großveranstaltungen, dem Weltjugendtag 2005 und der Fußballweltmeisterschaft 2006, wird das BBK mit seinen Möglichkeiten einen wichtigen Beitrag leisten können.

Auch diesmal wird die internationale Leitmesse für Rettung, Brand-/Katastrophenschutz und Sicherheit Interschutz – Der Rote Hahn, die Interschutz 2005 in Hannover, wieder sicher weit über hunderttausend Menschen mit ihrer Vielfalt faszinieren. Vom 6. – 11. Juni werden ungefähr 1.100 gewerbliche und ideelle Aussteller präsentieren, wie neustes Know-how eingesetzt wird, um Menschen bei Unglücken und Katastrophen zu helfen.

Der Parlamentarische Staatssekretär
beim Bundesminister des Innern,
Fritz Rudolf Körper,
hat am 1. März in Bonn
33 Betreuungslastkraftwagen
(BtLKW) an das Land
Nordrhein-Westfalen übergeben.
Auf dem Foto (v.r.):
Fritz Rudolf Körper,
Christoph Unger, Präsident des BBK,
und Hans Krings, Staatssekretär
im NRW-Innenministerium.
(Foto: Stein)

Nicht immer ist dabei für jedermann deutlich, dass das deutsche integrierte Hilfeleistungssystem von ehrenamtlich tätigen Frauen und Männern getragen wird. Menschen, die einen beträchtlichen Teil ihrer Freizeit dem Wohl der Allgemeinheit widmen.

Mit Sorge muss man daher zur Kenntnis nehmen, wenn demographische Entwicklungen und Veränderungen im Bereich der gesetzlichen Wehrpflicht zumindest mittelfristig zu einer sinkenden Zahl von jungen Menschen führen, die bereit sind, sich im Bevölkerungsschutz zu engagieren (Beitrag S. 2). Grund genug für das BBK, dem Thema Ehrenamt auf seinem Ausstellungsstand in Hannover besonderen Raum zu geben und dort gemeinsam mit den Messebesuchern über die Zukunft des Ehrenamtes zu diskutieren.

Bleibt noch, Ihnen beim Lesen dieser Ausgabe von Bevölkerungsschutz viel Vergnügen zu wünschen und, wenn Sie wollen, besuchen Sie uns bei der Interschutz am Stand des BBK.

Ihr Redaktionsteam



NACHRICHTEN

Rundblick 53

EHRENAMT

Das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz fördern
Die Arbeitsgruppe „Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz“ stellt sich vor 2

NOTFALLPLANUNG

Öffentlichkeitsarbeit im Krisenfall
Auf kommunaler Ebene fehlen einheitliche Konzepte 11

INTERNATIONAL

Euratech 2005 17

AUSBILDUNG

Standardisierte ABC-Grundausbildung
Entwicklung und Projektstand 21

FORSCHUNG

Fachinformationsstelle 27

EINSATZPRAXIS

Selbstmordversuch mit Folgen
Feuerwehr und THW sichern einsturzgefährdetes Gebäude 31

BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

INTERSCHUTZ 2005
Im Juni lädt die INTERSCHUTZ 2005 nach Hannover ein 35

TECHNIK

Vom „Schutzraum“ zu einer modernen Sicherheitsarchitektur
Ein Denkmodell zum zukünftigen Baulichen Bevölkerungsschutz 5

Fahrzeuge für die Hilfsorganisationen
Bund übergibt Nordrhein-Westfalen Fahrzeuge für den erweiterten Katastrophenschutz 37

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund 38

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk 40

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft 43

Deutscher Feuerwehrverband 44

Deutsches Rotes Kreuz 46

Johanniter-Unfall-Hilfe 47

Malteser Hilfsdienst 49

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 51

RUBRIKEN

Medien 55

Termine 56

Impressum 56

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland 57

Das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz fördern

Die Arbeitsgruppe „Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz“ stellt sich vor

Von Karl-Heinz Hartmann

Der Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland ist ein lebendiges und funktionierendes Beispiel für ein aktives Bürger-Staat-Verhältnis, in dem das Engagement und die Eigenverantwortlichkeit der Bevölkerung als Aktivposten der Sicherheitsarchitektur fest

Diese Bereitschaft ist nicht selbstverständlich und wird durch verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen zunehmend gefährdet. Der Zivil- und Katastrophenschutz steht mittel- und zum Teil auch schon kurzfristig vor Personalproblemen, die sich aus

unterschiedlichen Faktoren zusammensetzen.

Neben der demographischen Entwicklung sind es die Veränderungen im Bereich der gesetzlichen Wehrpflicht, die bereits jetzt Auswirkungen haben und die die Rekrutierungsmöglichkeiten für den Zivil- und Katastrophenschutz erheblich einschränken. Vor allem in den östlichen Bundesländern ist die Einsatzfähigkeit mancher Einheiten bereits jetzt gefährdet. Durch die Abwanderung junger und leistungsfähiger Menschen wird diese Entwicklung noch verstärkt.

Um die Förderung des Ehrenamtes im

Bevölkerungsschutz auf Bundesebene weiter zu steuern, wurde im Juni 2004 eine Arbeitsgruppe „Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz“ im Bundesministerium des Innern (BMI) eingerichtet. Die



(v.l.): Dr. Michael Güntner (BMI), Katrin Klüber (THW), Werner Meinekat (BMI), Manfred Derda (BMI) und Karl-Heinz Hartmann (BBK). Nicht im Bild: Peter Fischer (BMI) und Dierk Hansen (THW). (Foto: BBK)

eingepflegt sind. Ohne die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und aktives bürgerschaftliches Engagement wäre der Zivil- und Katastrophenschutz undenkbar.

Arbeitsgruppe unter Leitung von Werner Meinekat setzt sich zusammen aus Mitarbeitern des BMI (Werner Meinekat, Dr. Michael Güntner, Manfred Derda und Peter Fischer), der Bundesanstalt THW (Dierk Hansen, Katrin Klüber) sowie des BBK (Karl-Heinz Hartmann).

Zehn Empfehlungen zur Förderung des Ehrenamtes im Zivil- und Katastrophenschutz

Für den überwiegend ehrenamtlich getragenen Zivil- und Katastrophenschutz hat das BMI eine Abfrage bei den Ländern, den Organisationen und den Verbänden durchgeführt, um die Vorstellungen und Möglichkeiten zur Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz zu erfassen. Im September 2004 fand dann auf Einladung des BMI ein Workshop „Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz“ statt. Der Teilnehmerkreis des Workshops setzte sich aus Vertretern von elf Bundesländer, Fachleuten der Hilfsorganisationen Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, des Deutschen Feuerwehrverbandes, des Deutschen Städtetages sowie des BMI und der Bundesbehörden BBK und THW zusammen. In der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des BBK wurde ein Startsignal für eine übergreifende Plattform des Ehrenamts im Bevölkerungsschutz gesetzt, auf der Bund, Länder und Organisationen gemeinsam an zukunftsorientierten Konzepten und Projekten des Ehrenamts im Bevölkerungsschutz arbeiten.

Als Ergebnis der Beratungen hat der Workshop einvernehmlich zehn Empfehlungen verabschiedet, mit denen das Ehrenamt nachhaltig gefördert werden kann, um damit die Basis für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Zivil- und Katastrophenschutzes zu leisten:

Schaffung eines gemeinsamen Images für das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz

- Entwicklung einer Botschaft/ eines Logos als gemeinsamer Werbeträger für das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz
- PR-Kampagne aus Anlass der Fußball-Weltmeisterschaft, z.B. mit:

- Plakataktionen
- Internetauftritt
- Kino-/ Fernsehspot
- prominenten Werbeträgern
- Fortführung der PR-Kampagne unter der gefundenen Botschaft/ Logo für folgende Zielgruppen (Adressaten):
- Kinder/ Jugendliche (Einstieg)
- junge Erwachsene (Übergang Jugendgruppe/ aktiver Dienst)
- Erwachsene (Helfergewinnung und -erhaltung)
- Senioren (Reaktivierung)
- Mädchen/ Frauen



Die Jugendarbeit ist von existenzieller Bedeutung. (Foto: DFV)

Status der Helferinnen und Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz

- Rahmenempfehlung der IMK zur Vereinheitlichung der Stellung der Helferinnen und Helfer in Bund und Ländern und Gemeinden
- Organisationsübergreifende Helfer-Card für Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz (Helferausweis)

Förderung der Akzeptanz der Arbeitgeber

- Überprüfung der Kostenerstattung / Entgeltfortzahlung für Arbeitgeber
- Anerkennung für die Arbeitgeber

- Besondere Anerkennung der ehrenamtlich Tätigen im öffentlichen Dienst

Harmonisierung der Ausbildung

- Erstellung einer bundeseinheitlichen Rahmenempfehlung für ehrenamtsfreundliche Ausbildung.
- Gleichstellung von Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten im Zivil- und Katastrophenschutz mit denen aus dem gesellschaftlichen (z.B. politische Bildung) und gewerkschaftlichen Bereich; insbesondere bei der Gewährung von Bildungsurlaub.



Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer wäre der Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland undenkbar.

(Foto: MHD)

Dabei betonten die Teilnehmer die herausragende Bedeutung der Ehrenamtsförderung für die Zukunft des Bevölkerungsschutzes und begrüßten das aktive Engagement des BMI für diese Thematik. Es wurde vereinbart, den Austausch auf dieser Plattform mit dem Ziel abgestimmter Aktivitäten weiterzuführen.

Die Empfehlungen sind inzwischen dem Arbeitskreis V „Feuerwehrangelegenheiten, Rettungswesen, Katastrophenschutz und Zivile Verteidigung“ der Innenministerkonferenz und dem strategischen Beirat für den Zivil- und Katastrophenschutz des Bundesministeriums des Innern vorgelegt worden und fanden dort allgemeine Zustimmung.

Umsetzung der Empfehlungen von Bund, Ländern, Organisationen zur Förderung des Ehrenamtes

Die Zusammenarbeit mit Ländern und Organisationen hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden, um Ressourcen zur Förderung des Ehrenamtes bestmöglich zu nutzen und ein abgestimmtes Vorgehen zu erreichen.

Zu den Möglichkeiten der Förderung des Dialogs mit den Arbeitgebern hat das THW ein Pilotprojekt im Rahmen der Initiative Bürokratieabbau durchgeführt und dort Maßnahmen zur Förderung

des ehrenamtlichen Engagements von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst erprobt. Vor diesem Hintergrund steht die Arbeitsgruppe auch in intensivem Dialog mit der Hamburger Innenbehörde, die anlässlich der Hamburger Verbrauchermesse „Du und Deine Welt“ eine Sonderveranstaltung zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern plant.

Als nächsten Schritt wird das BMI die Vertreter der Bundesländer und der Organisationen zu einem weiteren Workshop für den 13. -

14. Oktober 2005 einladen, der an der THW-Bundesschule in Hoya stattfinden wird. Inhaltlich wird es dann um die Einführung einer gemeinsamen Helfer-Card für alle ehrenamtlichen Helfer im Bevölkerungsschutz sowie um Schritte zur Vereinheitlichung des Helferrechts gehen. Zudem soll die Frage diskutiert werden, wie die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern mit dem Ziel einer erhöhten Akzeptanz verbessert werden kann. Die Harmonisierung der Ausbildung soll dann in einem weiteren Workshop im kommenden Jahr auf der Tagesordnung stehen.

Vom „Schutzraum“ zu einer modernen Sicherheitsarchitektur

Ein Denkmodell zum zukünftigen Baulichen Bevölkerungsschutz

Von Dipl.Ing. Architekt Michael C. Turley, Wachtberg

Der folgende Beitrag gibt die private Meinung des Verfassers wieder und ist ein Diskussionsbeitrag zur Zukunft der Schutzräume.

Die Terroranschläge der 90-er Jahre in den Vereinigten Staaten hatten zunächst nur regionale Bedeutung, bis am 11. September 2001 mit dem verheerenden Anschlag auf das World Trade Center in New York und dem gleichzeitigen Anschlag auf das Pentagon in Washington die weltweite terroristische Gefahr jedem vor Augen geführt wurde.

Politiker in aller Welt haben gemeinsam erkannt, dass die Verantwortung für ihren Staat, besonders für die Menschen, eine bedeutende Herausforderung erfahren hatte.

Der Schutz kritischer Infrastrukturen, der sicherstellen soll, dass die Gesellschaft trotz der potenziellen neuen Gefahr weiterhin in allen Teilen aufrecht erhalten werden muss, wurde seit dem 11. September ebenfalls in den Focus öffentlicher Aufmerksamkeit und Aufgaben gestellt – auch wenn der größte Teil hierbei privatwirtschaftlich strukturiert ist und somit nicht im unmittelbaren Einflussbereich staatlichen Handelns liegt.

Beide Aufgaben, der Schutz der Bevölkerung und der bauliche Schutz kritischer Infrastrukturen, haben eine gemeinsame Grundlage: Sie müssen

sicherstellen, dass zwischen dem schädigenden Ereignis (nimmt man einmal eine Sprengstoffdetonation an) und dem zu Schützenden (Menschen, kritische Infrastrukturen, Kulturgüter und andere wichtige Sach- und Gesellschaftswerte) ein Schutzschild errichtet wird, der ausreichenden mechanischen Widerstand bietet.

Welche Gefahren müssen berücksichtigt werden

Um es von Anfang an auf den Punkt zu bringen. Im Ereignisfall, der

- „von jetzt auf gleich“
- an jedem Ort
- zu jeder Zeit
- ohne jede Ankündigung

eintreten könnte, ist es für den Betroffenen unerheblich, ob das Ereignis in seiner unmittelbaren Nähe

- von einem Sprengstoff (Terror-) Anschlag herrührt,
- seine Ursache in einem Großschadensereignis (Industrieavarie/Unfall) hat oder
- die Explosion sogar aus einer Waffendetonation resultiert.

Es ist für den Betroffenen auch eher eine „philosophische Frage“, ob für seine Sicherheit die

Zuständigkeit aus dem Zivilschutz (Bund) oder dem Katastrophenschutz (Länder) gegeben sein könnte.

Im entscheidenden Augenblick sind ausschließlich Fragen danach zu beantworten

- was bereits präventiv gemacht,
- welche Schutzvorkehrungen bereits getroffen und
- welche städteplanerischen Maßnahmen wirksam umgesetzt wurden.

Bauliche Sicherungskonzepte sind in erster Linie Prävention

Das bisherige Konzept der „öffentlichen Schutzräume“ stößt bei den neuen Szenarien möglicherweise an Grenzen, ohne aber überflüssig zu sein. Um das besser beurteilen zu können, sind nachfol-



gend die bisherigen Schutzkomponenten aufgeführt. Öffentliche Schutzräume, von denen es im Bundesgebiet ca. 2.000 Anlagen unterschiedlicher Art und Größe gibt, bieten alle einen definierten Grundschutz:

- Trümmerbelastung
Das Gebäude stürzt zusammen, während der Schutzraum selbst und seine Zugänge unversehrt bleiben
- Brandschutz
Auch wenn sich ringsum und in einem Trümmer-

kegel über dem Schutzraum ein unkontrolliertes Brandgeschehen ausbreiten würde, sind die Personen im Schutzraum geschützt

- Strahlenschutz
Gegen radioaktive Niederschläge (auch bei der „Dirty bomb“) bieten Schutzräume einen ausgezeichneten Strahlenschutz
- Schutz vor „B“ und „C“-Gefahren
Jeder Schutzraum verfügt über eine komplette und autonome Filter- und Lüftungstechnik, teilweise auch mit eigens installierten Notstromaggregaten.
- Zentrale Lage der Anlagen
Öffentliche Schutzräume wurden seinerzeit nur errichtet, wenn eine ausreichende Bevölkerungsdichte nachgewiesen wurde. Es sind in der Regel Tiefgaragen, U-Bahnhöfe und großflächige Räume.

Das Defizit der Anlagen gegenüber den heutigen, neuen Anforderungen sind somit nicht ihre besonderen Sicherheitsvorkehrungen, sondern die zurzeit noch fehlende Möglichkeit schneller und spontaner Innutzungnahme.

Sofortnutzung der öffentlichen Schutzräume – eine lösbare Aufgabe

Wenn man sich die Frage nach der Zukunft der Schutzräume stellt, steht man grund-

sätzlich zwei Themenkomplexen gegenüber:

- Macht es überhaupt Sinn, die vorhandenen Anlagen des Baulichen Bevölkerungsschutzes weiter zu nutzen, oder – wenn man diese Frage positiv beantwortet –
- wie können die Anlagen dann in ein modernes System von Schutztechnologien eingebunden werden?

Es gibt viele Gründe zu der Annahme, dass es in der Bevölkerung kaum verstanden werden würde, angesichts der latenten neuen Gefahren vor-

handene und relativ gut eingespielte Schutzvorkehrungen aufzugeben, auch wenn sie derzeit nicht hundertprozentig deckungsgleich mit modernen Anforderungen sind.

Nach der Erkenntnis, dass selbst ein bedingter Schutz im Notfall besser ist als überhaupt kein Schutz, sind Überlegungen anzustellen, wie die öffentlichen Schutzräume den heutigen Vorgaben einer spontanen Nutzung anzupassen sind.

Eine Lösung dieser Frage ist technisch relativ einfach, pragmatisch und kostengünstig zu realisieren:

- Das bisherige Stahlbetontor (nur aufwändig und personalintensiv zuzufahren) wird durch ein einfaches, von jedermann verschließbares Stahltor ersetzt. Durch intelligente Technologie (Statikmodule), gezielte Materialwahl und eine abgestimmte Oberflächenbeschichtung (Strahlen- und Brandschutz) würde ein solches Tor einen Meilenstein in der Sicherheitstechnologie darstellen.
- Alle anderen Zugänge zu den Schutzräumen werden den Erfordernissen (schnell verschließbar, in Fluchrichtung aufschlagend, von jedermann zu öffnender Panikverschluss) angepasst
- Die vorhandene Lüftungs- und Filtertechnik wird so geschaltet, dass bei Betätigung des neuen Türmechanismus die vorhandene Anlage bereits anläuft und den erforderlichen Luftüberdruck im Schutzraum aufbaut (wichtig, um Luftschadstoffe aus dem Sicherheitsbereich heraus zu halten).
- In den Schutzräumen wird eine bestimmte Menge an Erste-Hilfe-Kits, an Trinkwasser (Langzeit lagernde PET-Flaschen) und anderen Ausrüstungen für „die ersten, lebensrettenden Stunden“ vorgehalten. Überlegungen, auch Atemluft (Rauchvergiftungen) und Defibrillatoren (wie in vielen U-Bahnhöfen schon „Stand allgemeiner Sicherheits-

vorkehrungen“) sind in die Überlegungen mit einzubeziehen.

- Eine signifikante und auffällige Kennzeichnung macht jedermann deutlich, dass es sich um eine vorbereitete und einsatzbereite Schutzanlage handelt.

Mit einem solchen Programm, das nicht unbedingt kostenintensiv sein muss, könnten schon bald die ersten stadtzentrale Anlagen umgerüstet sein.



Innerstädtische Ballungszentren haben auch bei der neuen Schutzkonzeption eine hohe Priorität.

Zukünftige Prioritäten für die öffentlichen Schutzräume

Was in drei oder vier Jahrzehnten gewachsen ist, kann nicht „über Nacht“ den neuen Herausforderungen angepasst werden.

Es ist deswegen unumgänglich, die Schutzräume in ihrer neuen Rolle in Prioritäten einzuteilen. Räume mit hoher Priorität, die gekennzeichnet sind durch

- Lage in einem risikogefährdeten Gebiet
- Zentrale Lage mit viel Publikumsverkehr
- Versammlungsstätten
- Orte mit hohem Symbolcharakter oder bedeutende Kulturstätte

sind in erster Linie in der vorgestellten Weise anzupassen.

Es versteht sich dabei von selbst, dass auch dieses neue Programm ständig den aktuellen Erfordernissen – auch der begrenzten Finanzlage des Bundes – angepasst werden muss.

Schutzräume – nur ein Teil der neuen Sicherheitsarchitektur

Die öffentlichen Schutzräume stellen allerdings nur einen Teil des gesamten Konzepts dar, das unter einer neuen Sicherheitsarchitektur subsumiert werden kann.



Anstelle des vorhandenen Schutzraums können schnell schließbare Stahltore mit Schlupftür und flexiblen Schleusen für eine sofortige Inbetriebnahme eines Sicherheitsbereichs sorgen. Mit (verplombten) Einhandverschlüssen können sie von jedermann im Gefahrfall ohne Spezialwerkzeug schnell geschlossen werden (siehe übergelegte Graphik). (Bild und Graphik: Turley)

Ein moderner baulicher Bevölkerungsschutz ist kein Selbstzweck, sondern ein praxisorientiertes, pragmatisches Instrument, für den Bürger ein deutliches PLUS an Sicherheit zu schaffen. Gerade die Ausgewogenheit der Maßnahmen, die Einbindung vorhandener Ressourcen in ein zukunftsorientiertes Gesamtkonzept und die Nutzung modernster, intelligenter Technik ergeben ein einheitliches Ganzes – und damit einen gelungenen Entwurf als Antwort auf die aktuellen Schutzanforderungen.

Die Eckpfeiler einer modernen Schutzkonzeption

Die neue bauliche Sicherheitsarchitektur kann in einem übersichtlichen 11 Punkte-Programm zusammengefasst werden:

1. Städtebauliche Gefährdungsanalyse

Mit individuellen städtebaulichen Gefährdungsanalysen können in Zukunft Bausubstanzen und kritische Infrastrukturen punktgenau untersucht und ihr potenzieller Gefährdungsgrad ermittelt werden.

2. Bauliche Modifikationen

Für bestimmte Gebäude, Gebäudegruppen oder städtebauliche Agglomerationen werden bautechnische Modifikationen entwickelt, um Fassaden, Zugänge und andere potenziell gefährdete Baustrukturen zu sichern. Dieses gilt sowohl für Neubauten als auch für die bestehende Bausubstanz und für Sonderbauwerke.

3. Sicherheitszonen in Gebäuden

Es werden einfache, in sich abgeschlossene Sicherheitszonen in den ersten Etagen von Gebäuden konzipiert,

die im Ereignisfall einen sofortigen, sicheren Rückzug der gefährdeten Personen ermöglichen.

4. Sicherheitszonen im öffentlichen Raum

In der Nähe stark gefährdeter städtebaulicher Strukturen können Sicherheitszonen nachgerüstet werden. Damit sind große Flächen in bestehenden Gebäuden (z.B. untere Parkebenen) gemeint, die nachträglich mit schnell verschließbaren Abschlüssen, einer

einfachen automatisch anlaufenden Lüftungstechnik und einem einfachen Equipment ausgestattet sind. Sie stehen der Bevölkerung – ähnlich der Schutzräume – im Einsatzfall sofort als geschützte Fläche im Sinne eines sofortigen Selbstschutzes zur Verfügung. Es sind ausdrücklich keine Schutzräume im herkömmlichen Sinn sondern nur ausgewählte (geeignete) zusätzliche Sicherungs- und Rückzugsflächen für die Bevölkerung.

5. Vorhandene öffentliche Schutzräume

Vorhandene öffentliche Schutzräume werden in gefährdeten Gebieten zu sofort nutzbaren Flächen für die Bevölkerung, wie oben beschrieben, umgerüstet. Schutzräume, die – einsatztaktisch gesehen – eine niedrigere Priorität haben, werden nur auf einfachstem Niveau gehalten und nicht umgebaut.

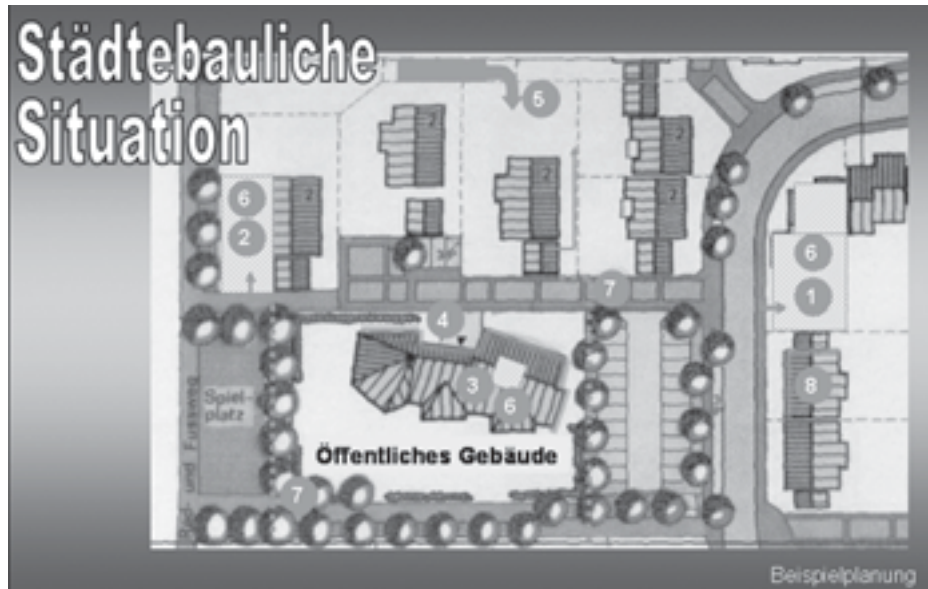
6. Mindestausstattung

Die so geschaffenen Sicherheitszonen werden – das ist ebenfalls bereits oben erwähnt worden – mit einer Mindestausstattung versehen, die im Einsatzfall jedem sofort zugänglich ist: Trinkwasser (in langzeit haltbaren PET-Flaschen), Sitz- und Liegemöglichkeiten, Decken, Erste-Hilfe-Material, Augenwaschflaschen, Atemluft (ähnlich wie die Notausrüstung in Flugzeugen) Not-Handleuchten, einfaches Bergungsgerät und dergleichen.

7. Informationen, Multiplikatoren, Bekanntheitsgrad

Die so entwickelte bauliche Sicherheitsarchitektur wird in eine positive Informationspolitik eingebun-

den. Einheitliche und deutliche Kennzeichnung helfen jedem Bürger, im Ereignisfall in seiner unmittelbaren Nähe sofort Rettung, sicheren Schutz und



Beispielplanung für die Umgebung eines öffentlichen Gebäudes: 1) vorhandener Schutzraum; 2) zusätzlicher Sicherheitsbereich, nachträglich in einfacher Weise in einem Untergeschoss hergerichtet; 3) Im Innern des Gebäudes kann ein Rückzugsraum vorgesehen sein, auch ein nachgerüstetes Treppenhaus ist als Sicherheitsbereich geeignet; 4) Fassadensicherungen sind überlebenswichtig; 5) Städteplanerische Sicherungen (Verlegung von Zufahrten); 6) Notfallausstattung in den Sicherheitsbereichen; 7) Sicherheitsabspernung der Zufahrten, auch im rückwärtigen Bereich (Bebauungsplan aus: "Grundlagen der Bauleitplanung" Prof.Hangarter, Werner-Verlag, 1992; bearbeitet:Turley)

(erste) Hilfe zu erhalten. Diese Kennzeichnung wird sich nachhaltig und dauerhaft in das Bewusstsein der Bürger einprägen (symbolbewehrter, einheitlicher Wiedererkennungseffekt in allen Städten Deutschlands).

Was seit Jahrzehnten beispielsweise in der Schweiz oder in skandinavischen Ländern gang und gäbe ist, sollte auch bei uns selbstverständlich sein können. Fachliche Lehrinhalte in Form von Bauseminaren – beispielsweise am Ausbildungszentrum des BBK, der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler – stärken die Informationspolitik und den Bekanntheitsgrad.

8. Bauliches Selbstschutzangebot für den Bürger

Ein Bauleitfaden für Bürger wird zusammengestellt, der zahlreiche bauliche und andere vorsorgende

Maßnahmen enthalten wird. Jeder ist damit in der Lage, nach seiner eigenen Maßgabe im Rahmen des Selbstschutzes Vorsorge zu treffen.

9. Universitäten und Fachhochschulen

Zu allen Themen des Baulichen Bevölkerungsschutzes und des baulichen Schutzes kritischer Infrastrukturen werden durch Semester- und Diplomarbeiten die Grundlagen einer nachhaltigen, modernen Sicherheitsarchitektur gelegt. Eingeschlossen darin sind auch die Hochschulen der Bundeswehr.



Architekturmodell der Neukonzeption mit von allen Seiten und allen Etagen erreichbaren Sicherheitsbereichen und zur Straßenseite gewandten Fassadenverstärkungen. (Foto: Turley)

10. Wissenschaft und Forschung

Begleitend werden noch offene Fragen in ein Wissenschafts- und Forschungsmanagement eingebunden, das an der Prämisse der praxisnahen Umsetzungsmöglichkeiten orientiert sein wird.

11. Einrichtung eines internationalen Netzwerks

Mit der internationalen Vernetzung über eine zentrale Internet-Domain wird eine feste Einrichtung geschaffen, die alle Themen zum Baulichen Bevölkerungsschutz sammelt, auswertet und weltweit abrufbar macht. Es wird die zentrale Anlaufstelle des (zunächst erst deutschsprachigen) Baulichen Bevöl-

kerungsschutzes werden. Forendiskussionen zu Sachthemen werden dabei genauso eingerichtet wie regelmäßige Newsletter, Informationen zu nationale und internationalen Kongressen, Meetings oder Symposien. Hier werden auch die Drähte internationaler Forschungsarbeiten und deren baupraktische Ergebnisse zusammenlaufen.

Die Zukunft hat schon begonnen

Es ist jetzt nicht zu erwarten, dass dieses 11-Punkte- Programm in wenigen Wochen umgesetzt werden kann. Hier sind noch zu viele weiße Felder auszufüllen und noch einige „erste Schritte“ zu gehen.

Aber es ist ein pragmatischer Ansatz, der auf Bewährtem aufbaut und einen sicheren Weg in eine Zukunft weist, die mit so vielen gesellschaftlichen Unsicherheitsfaktoren unterlegt ist.

Präventive Vorsorge und eigene Verantwortung, die für jeden Bürger im privaten Umfeld heute wichtiger denn je sind, bedeutet,

dass auch der Staat Vorsorge treffen muss.

Hierzu gibt es viele Wege, aber an einem führt kein Weg vorbei:

Präventive Maßnahmen haben im Nachhinein keinen Sinn. Sie müssen vorher – nämlich jetzt – angegangen werden.

Öffentlichkeitsarbeit im Krisenfall

Auf kommunaler Ebene fehlen einheitliche Konzepte

Von Thomas R. Wolf-Hegerbekermeier, Pressesprecher des Kreises Lippe

Eine abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit im Krisenfall ist das Spiegelbild einer professionellen, gemeinsamen Einsatzarbeit aller beteiligten Kräfte. Dabei funktioniert die externe Kommunikation mit den Medien umso besser, je enger die interne Abstimmung in der operativen Zusammenarbeit ist. Auf diese Kurzformel lässt sich das Credo einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit im Krisenfall bringen. Das Problem ist nur, dass es bisher wenig Material für die Auseinandersetzung mit diesem Thema auf kommunaler Ebene gibt. Während auf Landes- und Ministerialebene bereits einige Konzepte, Geschäfts- und Stabsordnungen entwickelt wurden, fehlen solche Handlungsanweisungen auf kommunaler Ebene.



Im Krisenfall ist mit frühzeitigem und zahlreichem Erscheinen von Medienvertretern zu rechnen.

Krisen, also sich langsam entwickelnden Schadenslagen, in der Regel möglich ist, durch Gespräche und abgewogene Entscheidungen die Situation auch mit

einer angemessenen Pressearbeit zu begleiten, sind es eher die so genannten eruptiven Krisen, also schlagartig entstehende Schadenslagen, die alle Beteiligten vor die größten Probleme stellen.

I. Was ist eine „Krise“?

Eine Krise ist ein außerordentliches Ereignis, das entweder ganz oder zum Teil nicht mehr von den zuständigen Stellen selbst, sondern vor allem von außen oder durch Dritte gesteuert und bestimmt wird. Während es bei den so genannten schleichenden

II. Wer ist verantwortlich?

Die Frage nach der Verantwortlichkeit für die Öffentlichkeitsarbeit im Krisenfall ist wohl die erste Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellen

lässt. Grundsätzlich wird eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit nur dann funktionieren, wenn alle an der Schadenslage beteiligten Kräfte sich untereinander ständig informieren und austauschen. Diese grundsätzliche Anforderung beantwortet aber nicht



Auf Wunsch der Medien können besondere Ansprechpartner vermittelt werden.

die Frage danach, wer denn nun für die Öffentlichkeitsarbeit im Krisenfall den sprichwörtlichen „Hut auf hat“. Dazu gilt es zunächst festzustellen, welche Stellen überhaupt beteiligt sein können?

1. Vom Notstand zur Katastrophe

Die sachliche Zuständigkeit für das behördliche Krisenmanagement richtet sich zunächst danach, ob ein so genanntes Großschadensereignis vorliegt oder ein Ereignis unterhalb dieser „Katastrophenschwelle“. Der sachlich zuständigen Behörde obliegt zugleich die Verantwortlichkeit für die Öffentlichkeitsarbeit, denn diese Verantwortlichkeit folgt der sachlichen Zuständigkeit für die konkrete Gefahrenabwehr. Rechtlicher Hintergrund dafür ist das Demokratiegebot des Grundgesetzes in Art. 20 GG, wonach die kommunale Selbstverwaltung zur objektiven und umfassenden Pressearbeit verpflichtet ist, soweit nicht überwiegende Interessen des Allgemeinwohls entgegenstehen. Im Fall eines Großschadensereignisses obliegt das Krisenmanagement nach § 1 Abs. 3 des Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetzes

(FSHG NRW) den kreisfreien Städten und Kreisen als Sonderordnungsbehörden.

Als Großschadensereignis definiert das Gesetz ein Ereignis, bei dem Leben oder Gesundheit zahlreicher Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährdet sind und bei dem auf Grund eines erheblichen Koordinierungsbedarfs eine rückwärtige Unterstützung der Einsatzleitung erforderlich ist, die von einer kreisangehörigen Gemeinde nicht geleistet werden kann. Für ein Ereignis unterhalb dieser „Katastrophenschwelle“ obliegt die Zuständigkeit für das Krisenmanagement nach § 1 Abs. 1 FSHG den Gemeinden. Unter solchen Ereignissen versteht der Gesetzgeber Schadensfeuer, Unglücksfälle und andere öffentliche Notstände. Daraus folgt, dass im

Katastrophenfall der Kreis oder die kreisfreie Stadt für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist, ansonsten die örtliche Gemeinde.

2. Vom Pressesprecher zum Berater

Während die juristische Unterscheidung zwischen Großschadensereignissen und den anderen öffentlichen Notständen im Sinne des FSHG sicherlich Bedeutung erlangt, wenn es um die Klärung der operativen Einsatzleitung oder der finanziellen Verantwortlichkeit geht, macht diese Differenzierung für die Öffentlichkeitsarbeit jedoch wenig Sinn. Bereits in personeller Hinsicht werden die Mängel dieser Unterscheidung schnell deutlich. Einer der Grundsätze jedes Presseseminars ist die Aussage „Pressearbeit ist Chefsache!“ Das gilt in Privatunternehmen genauso wie in Behörden. Während die Kreise in der Regel die besondere Funktion des Pressesprechers geschaffen haben, nimmt in den kleineren Kommunen die Aufgabe oft der Verwaltungschef selbst wahr. Da der Verwaltungschef jedoch mit der operativen Leitung der Krise ausreichend beschäftigt sein dürf-

te, wird er kaum Zeit haben, auch die notwendige Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Zudem spielt es in der öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle, auf welcher juristischen Eskalationsstufe sich die Entwicklung oder das Ausmaß einer Krise befindet. Als Folge daraus bietet es sich an, den professionellen Öffentlichkeitsarbeiter im Kreishaus auch dann in die Pressearbeit mit einzubinden, wenn die Krise die Zuständigkeitsschwelle der örtlichen Kommune noch nicht überschritten hat. Ob er also im Krisenfall in eigener Zuständigkeit tätig wird oder ob er als „Berater“ der örtlichen Feuerwehren tätig wird, sollte für die Öffentlichkeit nach außen keine Rolle spielen.

3. Von der Sofort- zur Krisenkommunikation

Doch was geschieht, wenn – und so schreibt es „Murphy´s Gesetz“ vor – die Krise nicht innerhalb der Dienstzeit auftritt, zu der alle Öffentlichkeitsarbeiter verfügbar sind? Ist der Pressesprecher tatsächlich in der Lage, bei eruptiven Krisen so schnell vor Ort zu sein, wie es oft die Medien sind? Die ehrliche Antwort muss wohl „Nein“ lauten, sodass sich hier die Frage nach der notwendigen „Sofortkommunikation“ stellt. Da bei größeren Schadenslagen fast immer auch polizeiliche Maßnahmen erforderlich sind – sei es nur zur vorläufigen Verkehrsregelung oder sei es zu komplexeren Ermittlungsmaßnahmen – bietet es sich an, bis zur Klärung der Verantwortlichkeit der weiteren Krisenkommunikation den Pressesprecher der Polizei mit dieser Aufgabe zu betrauen. Oft ist es sowieso die Polizei, die als erste Anlaufstelle für die Medien dient. Zudem haben die Verantwortlichen der Polizeibehörden oft ausreichende Erfahrung im Umgang mit den Medien. Diese Form der Kommunikation wird dann solange aufrecht erhalten, bis durch die sachlich zuständige Behörde die weitere Krisenkommunikation eindeutig geklärt ist.

III. Wer darf „mitreden“?

Die Frage nach der Verantwortlichkeit zieht unumgänglich die Frage nach dem Verhältnis zu den anderen Beteiligten und Institutionen im Krisenfall nach sich. Neben der Polizei und der Feuerwehr sind bei großen Schadenslagen oft auch eine Reihe von Hilfsorganisationen mit vor Ort. Deswegen ist

es nötig, für die Medien und für die interne Abstimmung klare Regelungen zu treffen, wer wann gegenüber wem Auskunft gibt.

1. Verhältnis zur Einsatzleitung

Die operative Steuerung des Einsatzes obliegt der Technischen Einsatzleitung (TEL) vor Ort. Hier werden die kurzfristigen Entscheidungen zur Bekämpfung der Krise getroffen. Im Falle einer größeren Katastrophe obliegt dem Behördenleiter bzw. dem rückwärtigen Stab die strategische Steuerung der Entwicklungen. Grundsätzlich sollte im Krisenfall jedoch gelten, die Einsatzkräfte vor Ort gegenüber den Medien zum Schweigen zu verpflichten. Im Ausnahmefall können natürlich auf Wunsch der Medien besondere Ansprechpartner vermittelt werden. Dennoch werden im Grundsatz Auskünfte nur von den dafür Verantwortlichen, also dem Behördenchef und seinem Pressesprecher sowie den von ihnen bestimmten Personen erteilt.

Gleichwohl ist hier für die Öffentlichkeitsarbeit die Unterscheidung zwischen den schleichenden und eruptiven Schadenslagen wiederum von Bedeutung. Bei schleichenden Krisen wird es ohne Weiteres möglich sein, in Absprache mit der TEL bestimmte Termine vor Ort und Presseinformationen für die Medien vorzubereiten. Bei größeren eruptiven Schadenslagen müssen die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit jedoch aufgeteilt werden. Zum einen ist die direkte Kommunikation zum rückwärtigen Stab erforderlich. Hier muss dann auch ein Mitarbeiter der Pressestelle ständig anwesend sein, um die strategischen Entscheidungsprozesse laufend mitverfolgen zu können. Zum anderen müssen die Medien am Schadensort selbst versorgt werden. Dazu bietet es sich an, eine entsprechend technisch und personell ausgestattete mobile Pressestelle (MoP) nahe der TEL einzurichten. Dies hat den Vorteil, vor Ort die Informationen über die Maßnahmen der TEL und die Entscheidungen des rückwärtigen Stabes zusammen zu führen und gegenüber den Medien entsprechend kommunizieren zu können.

2. Verhältnis zu anderen Beteiligten

Oft ist es bei größeren Schadenslagen der Fall, dass die Behörden während der Krise Hilfsorganisationen heranziehen. Oft nehmen das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Johanniter-Unfallhilfe (JUH), der

Malteser-Hilfsdienst (MHD) oder das Technische Hilfswerk (THW) am Notfallsystem der zuständigen Behörden teil. Alle diese Institutionen sind bundesweit organisiert und verfügen über hauptamtliche Kräfte, die ebenfalls über zum Teil langjährige Erfahrungen bei lebensrettenden Einsätzen verfügen. Trotzdem muss aus Sicht der Krisenkommunikation klar sein, dass von diesen Hilfsorganisationen grundsätzlich keine Informationen über den konkreten Schadensfall an die Medien weitergegeben werden. Im Ausnahmefall können natürlich auch hier auf Wunsch der Medien besondere Ansprechpartner vermittelt werden.

IV. Wie sage ich es richtig?

Die Öffentlichkeitsarbeit im Krisenfall steht vor einem strategischen Dilemma: Zwar soll sie möglichst offensiv die vorgefundenen Sachverhalte erläutern und die möglichen Schlussfolgerungen erklären. Von der Natur der Sache her ist sie jedoch nur in der Lage, auf Krisenlagen zu reagieren.

1. Inhaltliche Anforderungen

Die strategische Ausrichtung der Pressearbeit im Krisenfall muss also darauf ausgerichtet sein, die reaktive Phase so kurz wie möglich zu halten und die eigene Handlungskompetenz zu demonstrieren. Die dafür wichtigsten inhaltlichen Anforderungen lassen sich in zwei Merksätzen zusammenfassen:

- Informiere zeitnah, wahrheitsgemäß und angemessen!
- Pflege den ständigen Austausch mit den beteiligten Stellen und Mitarbeitern!

Was so einfach klingt, ist in der Praxis nicht leicht umzusetzen. Um die notwendigen Informationen transportieren zu können, muss man sie natürlich vorher bekommen. Das bedeutet eine enge Kontaktpflege zu allen beteiligten Institutionen. Zwar stellen im Einsatz zunächst die TEL und der Stab die wichtigsten Informationsquellen dar. Aber auch die Polizei, die Hilfsorganisationen und auch die Medien selbst können ergiebige Informationsquellen sein. Wie für die Pressearbeit im Allgemeinen gilt natürlich auch hier, dass eine vertrauensvolle Kontaktpflege die Kommunikation im Krisenfall erleichtert.

2. Zeitliche Abfolge

Für das zeitliche Vorgehen hat sich besonders im Falle von eruptiven Krisenfällen bewährt, unmittelbar nach dem Schadensereignis, spätestens nach eine Stunde die erste Presseinformation herauszugeben, in der das Schadensereignis dem Grunde nach bestätigt und seine bereits bekannten Eckwerte mitgeteilt werden. Innerhalb der nächsten zwei bis vier Stunden – je nach Schadenslage – sollte dann die erste Pressekonferenz mit den verantwortlichen Personen, d.h. Behördenchef, Einsatzleiter, Ärztlicher Leiter Rettungsdienst und eventuell weiteren Fachleuten stattfinden. Die Kommunikationspolitik in dieser Phase muss folgende Aspekte enthalten:

- Sachliche Beschreibung der Schadensereignisses
- Erläuterung der eingeleiteten Maßnahmen
- Vorsichtige Abschätzung der möglichen Folgen
- ggf. Verhaltensaufforderungen für die Bevölkerung

Der Tenor bei diesen Informationen sollte neben dem rein deskriptiven Aspekt der Tatsachen auf der Betonung der aktiv ergriffenen Maßnahmen liegen, um so die eigene Handlungskompetenz und Situationsherrschaft zu betonen. Diese sachlichen Beschreibungen können auch weitergehende technische Hintergrundinformationen und Erläuterungen enthalten. Vermieden werden sollten aber auf jeden Fall das Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten. Bei den unweigerlich auftretenden Fragen nach möglichen Folgen und Konsequenzen des Ereignisses sollte sich auf realistische Beschreibung möglicher Szenarien beschränkt werden, da in die Zukunft gerichtete Aussagen stets spekulative Elemente beinhalten, die mit äußerster Vorsicht zu handhaben sind. Besser ist eine eher argumentativ angelegte Strategie, um die Medien und die Öffentlichkeit selbst mit einzubinden, z.B. mit einem Hinweis auf empfohlene Verhaltensweisen für die Bevölkerung. Schon Egon Bahr sagte im Hinblick auf den Umgang mit Medien vor dem Hintergrund kritischer Ereignisse: „Man muss nicht alles sagen, was wahr ist, aber was man sagt, muss wahr sein“.

V. Was wird benötigt?

Ein immer wieder zu beobachtendes Phänomen ist die Tatsache, dass sich alle Beteiligten der

notwendigen Vorsorgemaßnahmen für einen größeren Schadensfall bewusst sind, konkrete Vorbereitungen aber im laufenden Tagesgeschäft vernachlässigt werden. Das liegt nicht selten daran, dass die Verantwortlichen keine „Check-Liste“ haben, die sie zur Vorbereitung abarbeiten können. Deswegen soll an dieser Stelle versucht werden, eine solche Check-Liste aufzustellen.

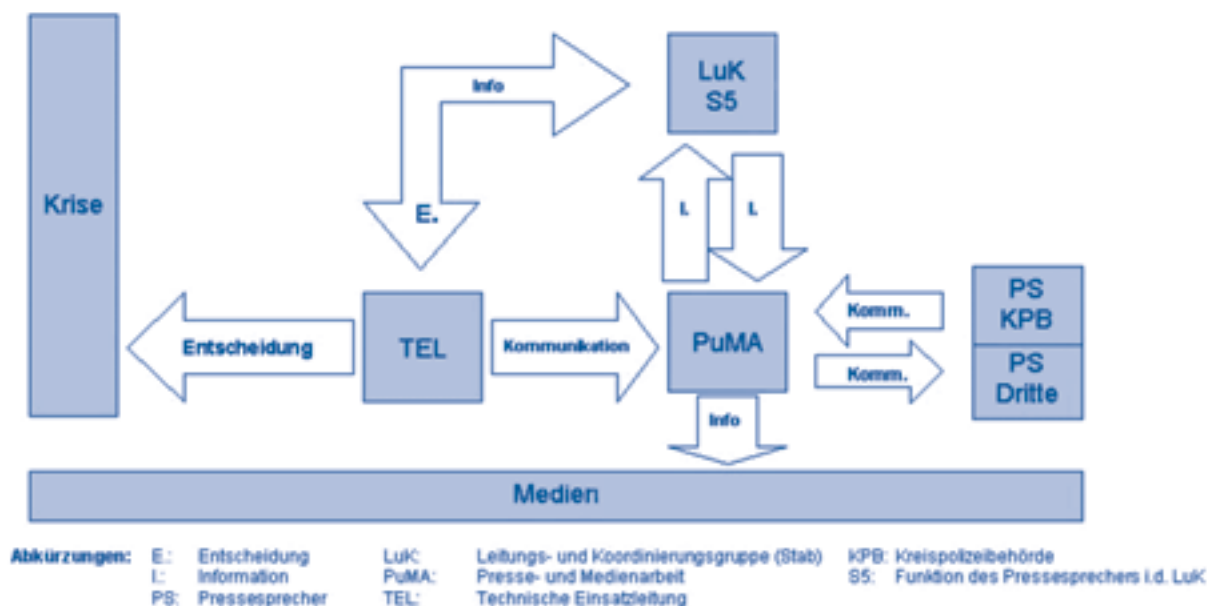
1. Personelle Ressourcen

Vor dem Hintergrund, dass die kommunalen Pressestellen meist spärlich besetzt sind oder sogar nur aus dem Pressesprecher selbst bestehen,

- unmittelbarer Kontakt zum Stab (sog. S5, 1 Person)
- Beobachtung des Einsatzgeschehens und Vermittler für die Medien vor Ort (1 Person)
- Auswertung der Medien (1 Person)

Da die Öffentlichkeitsarbeit im größeren Krisenfall zum einen durch zeitliche und persönliche Unannehmlichkeiten und zum anderen durch hohe Verantwortlichkeit gekennzeichnet ist, fällt es den Pressestellen naturgemäß schwer, potenzielle Mitarbeiter zu gewinnen. Daher bietet es sich an, im Wege einer internen Umfrage oder bei den Öffentlichkeits-

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Krisenfall



sind in personeller Hinsicht mögliche Kandidaten zu finden, die im Krisenfall die Pressearbeit unterstützen oder gegebenenfalls sogar übernehmen können.

Bei größeren Schadenslagen sind für eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit mindestens vier Mitarbeiter für folgende Aufgaben erforderlich:

- Koordination der Pressearbeit und unmittelbarer Ansprechpartner am Krisengeschehen vor Ort (sog. Presse- und Medienarbeit – PuMA, 1 Person)

arbeitern anderer Behörden – vor allem der größeren kreisangehörigen Städte – um Hilfe zu bitten.

2. Technische Ausstattung

Immer dann, wenn die Einrichtung einer mobilen Pressestelle vor Ort bei der TEL erforderlich wird, ist auch eine entsprechende technische Ausstattung erforderlich. Alle Ausstattungsgegenstände, die im Krisenfall für eine Pressearbeit vor Ort erforderlich sind, müssen bereits frühzeitig beschafft und vorgehalten werden. Als solche Gegenstände kommen in Betracht:

- Unterbringungsmöglichkeit für die mobile Pressestelle (PuMA), z.B. größeres Fahrzeug oder Zelt
- entsprechende Aus- und Beschilderung der PuMA
- Armbinden „Presse“ (für alle Mitarbeiter der PuMA)
- Notebook
- mobiler Drucker
- Mobiltelefon mit besonderer Nummer
- Digitalkamera
- Ersatzbatterien
- Büroausstattung
- schriftlich und virtuell angelegte Presseverteiler und Vorlagen für die möglichen Hilfspersonen

Zur Vorhaltung bietet es sich an, bis auf die räumliche Unterbringungsmöglichkeit alle Dinge zu-



Für die Medien sollte ein unmittelbarer Ansprechpartner vor Ort bereitstehen.

(Fotos: Feuerwehr Lügde)

sammen in einem Kommunikations-Koffer („Koko“) aufzubewahren, der in der Pressestelle deponiert wird, um den jederzeitigen Zugriff für die Öffentlichkeitsarbeiter zu ermöglichen. Als besonderes „Bonbon“ macht es stets einen guten Eindruck, wenn es gelingt, über eine Online-Verbindung vor Ort Zugriff auf den Server für das Geografische Informationssystem (GIS) zu erlangen, um so zeitnah authentisches Kartenmaterial für die Medien bereit zu halten oder präsentieren zu können.

VI. Zusammenfassung

Da eine effektive Öffentlichkeitsarbeit im Krisenfall keine Rücksichten auf juristische Feinheiten nehmen kann, bewegt man sich in diesem Bereich in einem eher schwer greifbaren Umfeld. Das macht es um so dringlicher, zu diesem Thema konkrete Hinweise und Empfehlungen zu geben. Vor diesem Hintergrund sollen die Hauptthesen dieses Beitrags hier zusammengestellt werden.

Die Verantwortlichkeit für die Öffentlichkeitsarbeit im Krisenfall folgt nicht der sachlichen Zuständigkeit nach dem FSHG, sondern sie obliegt dem Landrat als Behördenchef bzw. seinem Pressesprecher, sobald die Schadenslage ein relevante Größenordnung überschreitet.

Die Sofort-Kommunikation vor Ort obliegt der Polizei bis zur Klärung der Verantwortlichkeit für die nachhaltige Krisenkommunikation.

Grundsätzlicher Ansprechpartner für den Pressesprecher ist immer die TEL vor Ort. Größere Schadenslagen bedingen die Aufteilung der Presseverantwortlichen auf die TEL (PuMA) und den rückwärtige Stab/ LuK (S5).

An der Schadenslage beteiligte Dritte, Hilfsorganisationen und Einsatzkräfte werden gegenüber den Medien zum Schweigen ver-

pflichtet, über Ausnahmen entscheidet der Behördenchef/Pressesprecher.

Informationen im Krisenfall erfolgen an die Medien zeitnah, wahrheitsgemäß und angemessen.

Die personelle Ausstattung für eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit im größeren Krisenfall benötigt mehrere Personen; die technische Ausstattung einer mobilen Pressestelle („Koko“) ist frühzeitig sicherzustellen.

EURATECH 2005

Von LtD BD Karl-Heinz Knorr, Leiter der Feuerwehr Bremen,
und BR Mario König, Berufsfeuerwehr Mannheim

Vom 10. – 14. April 2005 fand in Portes-les Valence (Südfrankreich) die EU-Übung EURATECH 2005 statt, an der der erstgenannte Autor als Vertreter der Länder der Bundesrepublik Deutschland als Übungsbeobachter („Observer“) und der zweitgenannte Autor als Leiter des deutschen Einsatzteams teilnahmen.

Im Auftrag des BMI führte das BBK, und hier das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ), die Gesamtkoordination des deutschen Übungsbeitrages durch. Die Übungsvorbereitung fand u.a. in enger Abstimmung mit der Bundesanstalt THW und den Feuerwehren statt. Während der Übung selber nahm das GMLZ seine klassischen Aufgaben des Informations- und Ressourcenmanagements im Rahmen des so genannten EU-Gemeinschaftsverfahrens für Deutschland wahr.

Der nachfolgende Bericht gibt die während der Übung unmittelbar wahrgenommenen Eindrücke wieder, weitergehende Erkenntnisse müssen der abschließenden Übungsauswertung vorbehalten bleiben.

1. Allgemeines

Die Übung EURATECH 2005 war durch folgende Randbedingungen geprägt:

- Punktlage (mit Schadstoffausbreitung)
- Vier Übungsphasen an zwei Tagen, dabei realistisch gestaffelte Eintreffzeiten der Hilfskräfte
- Führung der Einheiten durch eine TEL vor Ort
- Angenommene 700 Verletzte wurden dargestellt durch 150 Unfalldarsteller
- Einbindung von Polizeiaufgaben (Identifikation, Ursachenermittlung)
- Nutzung von Melde- und Führungswegen auf den Ebenen: Lokal/Regional, National, EU

Beteiligt waren französische Einheiten (853 Teilnehmer mit 176 Fahrzeugen, 5 Hubschraubern

und 1 Transall C-160) und Einheiten aus Belgien, Deutschland, Italien und Tschechien (74 Teilnehmer mit 20 Fahrzeugen, davon aus Deutschland 18 Teilnehmer mit 6 Fahrzeugen). Die deutschen Kräfte unter Führung von Brandrat Mario König (BF Mannheim) setzten sich zusammen aus Feuerwehrmännern der Feuerwehren Mannheim und Ludwigshafen sowie aus Helfern des THW. Von der Bundeswehr (Luftwaffe) nahmen 22 Soldaten mit einem Airbus A 310 MRT MedEvac teil.

2. Übungsablauf

Als Ausgangslage wurde folgendes angenommen: Ein Güterzug mit Gefahrgut (Flüssiggas, Mineralöl, druckverflüssigte giftige Gase, diverses Gefahrgut in Fässern und Paketen) ist im Bahnhof von Portes-les Valence entgleist, dabei ist es zum Austritt brennbarer Flüssigkeit und zum Folgebrand gekommen. Hierdurch ist ein BLEVE (Boiling Liquid Expanding Vapour Explosion)¹ eines Kesselwagens ausgelöst worden, der einen begegnenden Personenzug getroffen und dort zu einer großen Anzahl (Brand-) Verletzter geführt hat. Weiterhin hat der BLEVE toxische Gase freigesetzt, welche sich mit einer Windgeschwindigkeit von 20 km/h Richtung Portes-les Valence ausbreiten. Hierdurch ist es an der Unfallstelle zur Kontamination von Verletzten und Eisenbahnmitarbeitern gekommen.

¹ Explosion durch die Ausdehnung der Dämpfe einer siedenden Flüssigkeit. In der Praxis droht ein BLEVE insbesondere dann, wenn ein Druckgasbehälter mit Flüssiggas (Propan-Butan-Gemisch) durch äußere Wärmeeinwirkung soweit erhitzt wird, dass die Behälterwände wegen ihres Festigkeitsverlustes dem ansteigenden Innendruck nicht mehr standhalten können. Das dann freigesetzte Flüssiggas verdampft schlagartig und entzündet sich in einem Feuerball, dessen Druck und Wärme erhebliche Folgen in der Umgebung bewirken können. Entscheidend für die Auswirkungen eines BLEVE ist die Menge des im Druckgasbehälters befindlichen Flüssiggases.

2.1 Erste Übungsphase

In dieser Phase standen im Vordergrund:

- Brandbekämpfung und Verhinderung weiterer BLEVE
- Rettung Verletzter/Eingeklemmter aus unmittelbarer Gefahr
- Ordnung der Einsatzstelle, Aufbau von Führungsstrukturen

Diese Phase war geprägt von einem starken Missverhältnis der für die Verletztenversorgung benötigten zu den vorhandenen Einsatzkräften, was aber sehr realitätsnah ist.

Die ausgebrochenen Brände wurden unter Wasser- und Schaumeinsatz unter Kontrolle gebracht, weitere akute Explosionsgefahr bestand nicht mehr.

Bereits in dieser Phase erfolgte eine Nachforderung von zusätzlichen lokalen und regionalen Einsatzkräften.

2.2 Zweite Übungsphase

In dieser Phase standen im Vordergrund:

- Abschluss der Brandbekämpfung
- Eindämmung/das Auffangen der ausgetretenen Gefahrstoffe
- Schutz/Warnung der Bevölkerung vor der sich ausbreitenden Schadstoffwolke
- (Erst-) Versorgung und Registrierung der Verletzten

Bereits in dieser Phase erfolgte eine umfassende Nachforderung von Einsatzkräften sowohl im regionalen und nationalen als auch im europäischen Rahmen: Der 2001 eingeführte EU-Mechanismus wurde aktiviert und das Monitoring and Information-Center (MIC) der EU in Brüssel wurde um Unterstützung gebeten, um Spezialeinheiten aus anderen EU-Staaten zu entsenden.

Es wurde mit der technischen Rettung von Personen begonnen, die im Personenzug eingeschlossen bzw. eingeklemmt waren.

Wegen der freigesetzten toxischen Produkte mussten alle Einsatzkräfte im Bereich des Güterzuges unter spezieller Chemikalienschutzkleidung arbeiten. Dadurch wurden umfangreiche vorbereitende Maßnahmen zur Dekontamination der Einsatzkräfte erforderlich.

In einer nahegelegenen Kaserne wurden eine Verletztenversorgungsstelle und eine Technische Einsatzleitung eingerichtet. Die Verbringung der zahlreichen Brandverletzten in Zielkrankenhäuser in Frankreich und aufnahmebereiten EU-Ländern wurde organisiert. Hierzu wurde auf dem Gelände eines 25 km entfernten lokalen Flughafens eine weitere Verletztenversorgungsstelle eingerichtet, welche über Sanitätsmaterial für ca. 500 Personen verfügte.

Während die in Ausbreitungsrichtung befindliche Bevölkerung mit Lautsprecherdurchsagen gewarnt und zum geschützten Verbleib in ihren Häusern aufgefordert wurde, wurde eine Schule evakuiert, so dass 200 Kinder in einer Turnhalle mehrere Stunden lang betreut werden mussten.

2.3 Dritte Übungsphase

In dieser Phase standen im Vordergrund:

- Bergung/Sicherung des in den Waggons verbliebenen Gefahrguts
- Dekontamination zahlreicher Verletzter
- Abtransport Verletzter zur weiterführenden Versorgung

Nach Abschluss der Brandbekämpfung wurden aus den Kesselwagen austretende Produkte aufgefangen, Leckagen abgedichtet und beschädigtes Stückgut geborgen. Nunmehr lagen umfassende Informationen über die Zusammensetzung der gefährlichen Ladung vor. Nach Auswertung der Stoffinformationen wurde eine umfassende Dekontamination zahlreicher Verletzter erforderlich, bevor diese zur Verletztenversorgungsstelle transportiert werden konnten.

Die technische Rettung aus dem Personenzug wurde abgeschlossen, alle Verletzten befanden sich in oder auf dem Weg zur Verletztenversorgungsstelle, von wo die ersten Brandverletzten mit Hubschraubern und Rettungswagen zum Flughafen verlegt wurden.

2.4 Vierte Übungsphase

In dieser Phase standen im Vordergrund:

- Mess- und Spüraufgaben an der Einsatzstelle
- Dekontamination von Einsatzmitteln
- Beginn Aufräum- und Wiederherstellungsarbeiten
- Verlegung Brandverletzter in weitere EU-Staaten

Der Abtransport der Brandverletzten wurde durch deren Verbringung in die auf dem Flugplatz befindlichen Flugzeuge Transall C-160 (32 Liegendtransportplätze) bzw. Airbus MedEvac (6 Intensivplätze und 38 - 56 Liegendtransportplätze) simuliert.

In die Bergungs- und Aufräumarbeiten waren Spezialisten der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF eingebunden. Diese übernahmen die Bergung der entgleisten und umgestürzten Kesselwagen mit schwerem technischen Gerät.

3. Einzelne Übungsteile

3.1 Öffentlichkeitsarbeit

Die Übung traf auf überaus großes Interesse bei Medien und Fachleuten. Zahlreiche EU-Staaten und Drittländer (u.a. Kanada und Indonesien) hatten Beobachter entsandt. Alle Beobachter konnten sich in allen Bereichen ungehindert bewegen, für den Transfer zum Flughafen wurden Busse organisiert eingesetzt.

Während der Phasen 1 und 2 informierten sich der stellvertretende EU-Kommissionspräsident, die Innenminister Frankreichs, Belgiens und Deutschlands sowie der Präsident der SNCF vor Ort über die Übung. Die hohe ministerielle Prominenz brachte naturgemäß einen großen Tross an Journalisten mit sich, der sich zweifellos behindernd auf den Übungsbetrieb auswirkte. Hierbei ist allerdings zu bedenken, dass ein wirkliches Szenario dieses Umfangs mindestens die gleiche Anzahl von Journalisten auf den Plan ruft, die dann aber nicht zentral agieren, sondern versuchen werden, aus allen möglichen Bereichen der Einsatzstelle Informationen zu erhalten. Somit stellen die sich dann ergebenden Aufgaben zur Sicherung der Einsatzstelle und zur gezielten Betreuung und Information der Medien eher noch größere Herausforderungen an die Verantwortlichen.

Das Medienecho war sowohl im Fernsehen als auch in den regionalen Zeitungen sehr groß, in einer Zeitung war die Übung der Aufmacher auf der Titelseite und füllte anderthalb Seiten im Innenteil.

3.2 Übungssicherheit

Die Sicherung der Einsatzstelle oblag der nationalen Polizei. Für das Übungsgelände war ein so genannter „Safety Officer“, als solcher gekennzeichnet,

zuständig, der im weitesten Sinne die Aufgabe eines Sicherheitsbeauftragten wahrnahm und gegenüber allen Übungsteilnehmern und Beobachtern weisungsbefugt war. Immerhin war zu bedenken, dass nur wenige Gleise neben der Einsatzstelle der reguläre Eisenbahnverkehr auf einer der frequentiertesten Strecken Frankreichs weiter lief.

3.3 Führungsstrukturen

Während der ganzen Übung waren klare Zuständigkeitsstrukturen vor Ort erkennbar. Dies lag insbesondere an der eindeutigen Kennzeichnung von Führungskräften und speziellen Funktionsträgern.



Das beeindruckendste Einsatzmittel dieser Übung war zweifellos der Sanitäts-Airbus (Airbus A 310 MedEvac) der Bundesluftwaffe.

Bei einem Besuch der TEL konnten sich die Beobachter von der professionellen Arbeitsweise dort überzeugen.

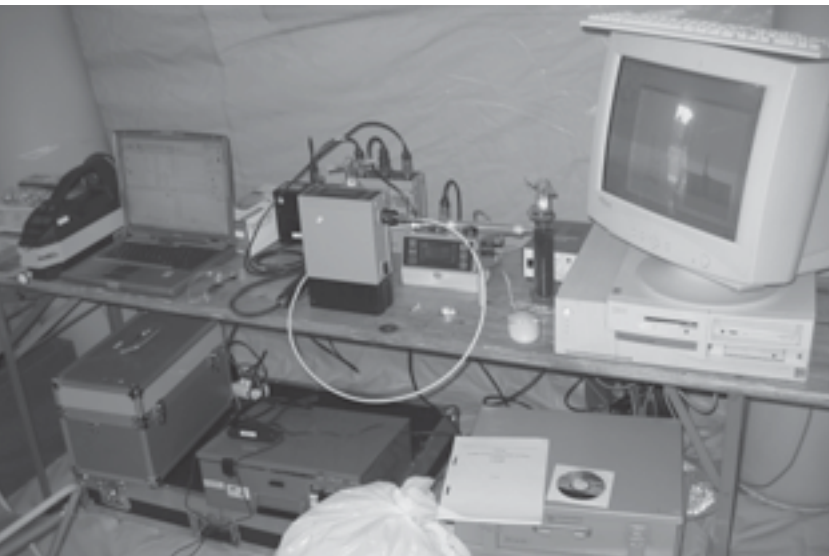
Gut organisiert war die Heranführung externer Kräfte aus 3 Departements. Weit vor ihrem Eintreffen erhielten sie über Funk einen zentralen Sammelplatz zugewiesen. Vor dort wurden sie den taktischen Erfordernissen entsprechend abgerufen.

Der Sammelplatzes war so ausgelegt, dass 175 Fahrzeuge in einer Stunde aufgenommen und koordiniert weitergeleitet werden konnten.

Nicht optimal war der Informationsfluss zwischen der nationalen Einsatzleitung und dem MIC der EU in Brüssel. Von daher gibt es Überlegungen, künftig einen Verbindungsbeamten („Liason Officer“) des MIC zur regionalen Einsatzleitung zu entsenden.

3.4 Zusammenarbeit der nationalen und internationalen Einsatzteams

Die Zusammenarbeit der einzelnen Teams war konstruktiv und im Wesentlichen unproblematisch. Fernmeldetechnische Probleme traten im Einzelfall im Zusammenwirken der internationalen Einheiten auf, der Grund lag in unterschiedlichen Kommunikationssystemen. Befriedigende Abhilfe konnte mit der Entsendung von Verbindungsbeamten in die Technische Einsatzleitung geschaffen werden. In der Praxis kam diesen Verbindungsbeamten schnell die Funktion eines Fachberaters für das Spezialgebiet der jeweiligen Einheit zu.



Diverse Messgeräte: Gefahrstoff-Detektoren-Array (GDA), Ionen-Mobilitäts-Spektrometer (IMS), Photo-Ionisations-Detektor (PID).
(Fotos: Knorr)

3.4.1 Einsatz des deutschen Teams

Der Aufgabenschwerpunkt lag in der Aufklärung und Bewertung der Gefährdungslage durch die freigesetzten Chemikalien. Dazu kam die vom BBK geförderte „Analytische Task Force“ (ATF) der Feuerwehr Mannheim zum Einsatz, die von Einsatzkräften der Feuerwehr Ludwigshafen unterstützt wurde. Die Helfer des THW OV Heidelberg übernahmen die Aufgaben Dokumentation und Kommunikation.

Mit Hilfe von zwei Erkundungskraftwagen und einem Vorläufer des im August 2005 bei der ATF einzuführenden optischen Fernerkundungsgerätes (FTIR = Fourier-transformierte Infrarot-Spektroskopie) wurde die messtechnische Überwachung des Stadtgebietes in Portes-les Valence sichergestellt.

Mit der in einem Zelt aufgebauten Analysetechnik wurden die von der Übungsleitung eingespielten unbekannt Substanzen identifiziert und mit einer entsprechenden Bewertung bis hin zu einer Ausbreitungsabschätzung an die Abschnittsleitung zurückgegeben.

3.4.2 Einsatz des deutschen Airbus A 310 MedEvac

Das beeindruckendste Einsatzmittel dieser Übung war zweifellos der Sanitäts-Airbus der deutschen Luftwaffe. In diesem Flugzeug, das auf dem Flughafen Köln-Wahn binnen weniger Stunden abflugbereit stationiert ist, können 6 Patienten unter Intensivbedingungen und weitere 38 - 56 Patienten liegend unter qualifizierten Krankentransportbedingungen weltweit transportiert werden.

4. Ausblick

Die sehr gut vorbereitete und durchgeführte Übung hat eines gezeigt: Kein Staat kann die denkbaren Herausforderungen der Zukunft allein bewältigen. Der bestehende EU-Mechanismus zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastrophenschutz-einsätzen ist eine unverzichtbare Grundlage für die Mobilisierung von Einsatzteams, Experten und sonstigen benötigten Ressourcen.

Die derzeitige Situation kann sowohl dezentral in den einzelnen EU-Staaten als auch zentral auf EU-Ebene optimiert werden.

Dezentral durch Maßnahmen, die den Einsatz bestimmter „für Europa vorgesehener“ Einsatzteams in den einzelnen Mitgliedsstaaten fördern. Bei diesen Teams darf es sich aber nicht um ausschließlich hierfür aufgestellte Einheiten handeln, sondern bestehende Einheiten sind durch Ausbildung, Übungen und Ergänzung der Ausrüstung zu befähigen, auf entsprechende Auslandseinsätze vorbereitet zu sein und diese auch kurzfristig übernehmen zu können.

Zentral durch Ausbau des MIC (Ausweitung der „Öffnungszeiten“), Aufbau und Pflege einer Datenbank, Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen und Übungen sowie durch die Organisation von geeigneten Lufttransportkapazitäten.

Insbesondere der letzte Punkt würde die Eingreifzeiten der internationalen Teams deutlich verkürzen und sie zu wirklichen „Schnellen europäischen Eingreifseinheiten“ machen.

Standardisierte ABC-Grundausbildung

Entwicklung und Projektstand

Von Jürgen Schreiber

Die Projektgruppe 9 (PG9) „ABC-Risiken und Gefahrenlagen“ der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz (SKK) hat im März 2004 das Curriculum „Standardisierte ABC-Grundausbildung“ vorgelegt und mit breitem Verteiler zur Einführung bei allen Behörden, Organisationen und Institutionen mit Einsatzaufgaben in der Gefahrenabwehr empfohlen. Jetzt, im April 2005, fand an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des BBK in Bad Neuenahr-Ahrweiler der Pilotlehrgang „Multiplikatoren für die standardisierte ABC-Grundausbildung“ statt. Dieser Artikel beschreibt Rahmenbedingungen und Konzeption des Curriculums „standardisierte ABC-Grundausbildung“, Planung und Durchführung des Pilotlehrganges für Multiplikatoren und informiert über den jetzigen Projektstand der Etablierung der standardisierten ABC-Grundausbildung.

Ausgangssituation

Täglich werden von Einsatzkräften der Gefahrenabwehr Einsätze mit Beteiligung von ABC-Stoffen bei häuslichen Notfällen, bei Verkehrsunfällen, bei Schadenfeuern, in betrieblichen Notfallgeschehen, bei Havarien oder auch zur Beseitigung von Umweltschäden abgeleistet. Neue Qualitäten krimineller Energie und Straftaten, sowie des internationalen Terrorismus werden beklagt. Selten jedoch ist in der Vergangenheit so viel über Kostenreduzierung, Ressourcennutzung, Budgetierung, Einsparpotential, Leistungsverlagerung, Qualitätsmanagement, Standardisierung oder Neuordnung der Gefahrenabwehr

gesprochen worden, wie in den gerade vergangenen zwanzig Jahren.

Den internationalen Geschehnissen der letzten vier Jahre ging die Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes in den 80er und 90er Jahren voraus. Ihr Ergebnis war die erheblichen Reduzierung der Aufwendungen von Bund und Ländern für den Katastrophenschutz und Zivilschutz. Fahrzeuge und Ausrüstungen wurden zum Teil an die Leistungserbringer übergeben, für persönliche Ausstattung der Helfer, deren Ausbildung, die Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft dieser Einsatzfahrzeuge und zur Materialerhaltung für dieses Kontingent standen jedoch die nötigen Mittel nicht mehr zur Verfügung.

Annähernd zeitgleich zu dieser Entwicklung wirkte die Verringerung der Wehrpflichtzeiten. Damit verbunden reduzierten sich auch die Verweilzeiten der Verpflichteten im Katastrophenschutz, die Ihren Wehersatzdienst leisteten. Das führte dazu, dass die Zahl derer, die sich zur Arbeit im Katastrophenschutz verpflichteten, stagnierte und bis heute stark rückläufig ist. Schwindende Helferzahlen auch im Ehrenamt, verkürzte Verweildauer, vor allem junger Helfer in den Einheiten und erhebliche Strukturveränderungen auf allen Ebenen der Gefahrenabwehr waren festzustellen.

Die Verantwortlichen in der Gefahrenabwehr in Bund, Ländern und Kommunen mussten so Entscheidungen zu Lasten der Vorhaltungen für Einsatzszenarien treffen, deren Eintrittswahrscheinlichkeit als am geringsten eingestuft wurde. Einer der am meisten betroffenen Bereiche war der ABC-Schutz. Vorhandene Ausrüstungen des Bundes wurden dras-

tisch reduziert und somit werden Aufgaben des ABC-Schutzes, mit wenigen Ausnahmen, nur noch von Feuerwehren wahrgenommen. Ausschließlich diese verfügen heute für ABC-Einsätze flächendeckend und sichergestellt über angemessen qualifiziertes Personal, Ausrüstung und Einsatzkonzeptionen, um in den Gefahrenbereichen derartiger Einsatzstellen tätig zu werden. Vereinzelt sind bei der Bundesanstalt THW und auch bei den Hilfsorganisationen, örtlich begrenzt oder spezialisiert, Kompetenzen vorhanden. Was aber ist, wenn diese Fachdienste oder tangierende Zuständigkeiten mit den Feuerwehren zusammenarbeiten müssen, wenn zum Beispiel betroffene

system sicherzustellen, müssen alle Beteiligten an der Gefahrenabwehr interdisziplinär und Ressort übergreifend zusammenarbeiten. Einheitliche Ausbildungsgrundlagen sind für ein effizientes Zusammenwirken in der Gefahrenabwehr unbedingte Voraussetzung.

Im Lichte dieser Entwicklung wurde bereits im Herbst 1999 von der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz (SKK) die Projektgruppe 9 mit dem Arbeitstitel „ABC-Risiken und Gefahrenlagen“ (PG9) gegründet und mit einer Ist-Stand-Analyse beauftragt. Bereits im März 2000 bekannten sich die Spitzenverbände aller Hilfs-

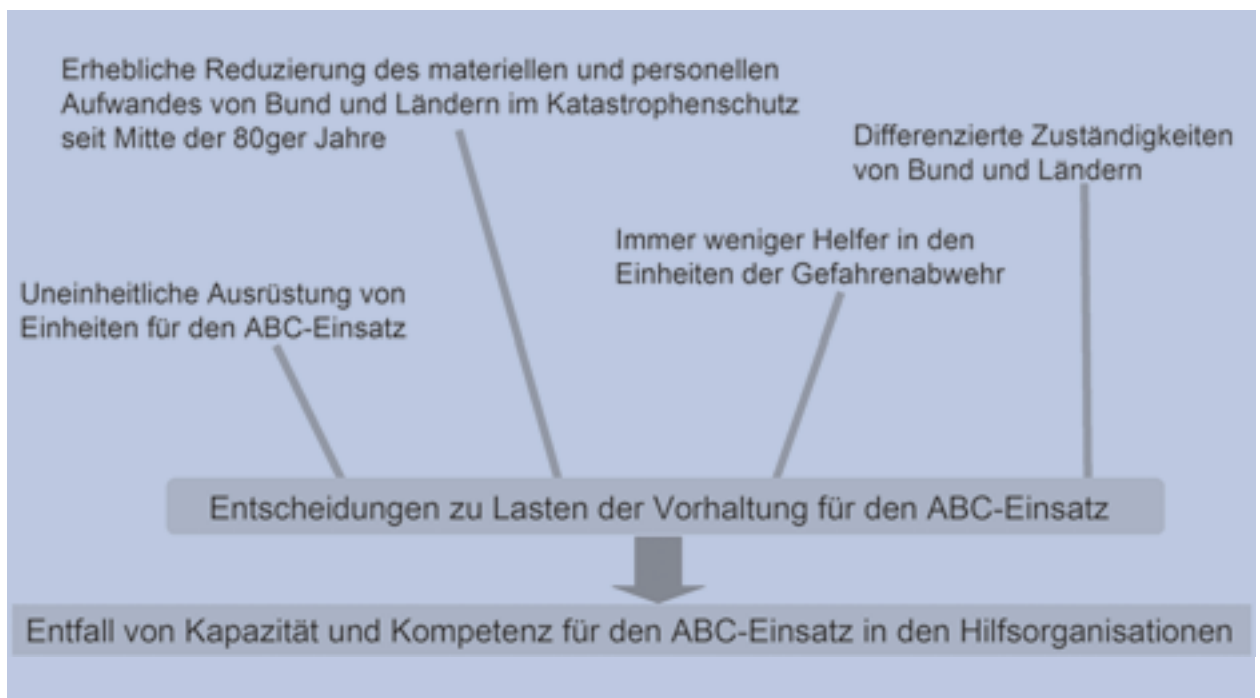


Abb. 1: Ergebnis der Ist-Analyse der PG9 zum Leistungsstand der Hilfsorganisationen im ABC-Einsatz.

oder verletzte Personen wegen der Wirkung von ABC-Gefahren geschädigt sind und noch an der Einsatzstelle versorgt werden müssen, wenn sie stationärer medizinischer Behandlung bedürfen, wenn Dekontamination von Verletzten, von Material oder von Flächen in großen Einsatzdimensionen nötig sind, wenn Ver- und Entsorgungseinrichtungen der Gefahrenabwehr zuarbeiten sollen oder Einsatzstellen zur Schadensbeseitigung übernehmen müssen? Angesichts der heutigen Bedrohungslage und zum Schutz der Bevölkerung ist hier ein integriertes Hilfeleistungssystem erforderlich. Um dieses Hilfeleistungs-

organisationen und des THW dazu, bis auf wenige Ausnahmen kaum noch Möglichkeiten zu haben, Einsätze in Beisein von ABC-Gefährdungen wirkungsvoll bearbeiten zu können. Neben geeigneter persönlicher Schutzausrüstung fehle es vor allem an Kompetenz für diese Lagen, also an Wissen, Konzeption und Fähigkeiten in der Durchführung der Fachdienstaufgaben unter ABC-Einwirkung, sowie auch im Zusammenwirken mit den Fachdiensten, die für den ABC-Einsatz spezialisiert sind. Auch im Rettungsdienst und in der polizeilichen Gefahrenabwehr wurden diese Defizite deutlich.

Curriculum

„Standardisierte ABC-Grundausbildung“

Unter diesem Eindruck wurde die PG9 durch das Plenum der SKK beauftragt, ein Konzept für eine standardisierte Grundausbildung für alle Beteiligten an der Gefahrenabwehr in einem ABC-Einsatz zu entwickeln und eine entsprechende Empfehlung hierzu vorzubereiten. So entwickelte die PG9, unter der Leitung von Dr. Willi Marzi (BBK) und der Mitwirkung des BBK, des BMVg, des DFV, einigen Berufsfeuerwehren, der Spitzenverbände der Hilfsorganisationen, der Bundesanstalt-THW, Vertretern des ÖGD, des RKI sowie verschiedener medizinischer Fakultäten und Einrichtungen das Curriculum „Standardisierte ABC-Grundausbildung“. Dieses Curriculum standardisiert die ABC-Grundausbildung für alle Einsatzkräfte und definiert die Mindestanforderung

zur Schulung aller Einsatzkräfte in der Notfallvorsorge und der Gefahrenabwehr. Die Lerninhalte sollten im Interesse der Vereinheitlichung der Ausbildung zwingend Bestandteil der jeweiligen Grundausbildung sein und regelmäßig auch in die Fortbildung der Einsatzkräfte einfließen. Eine weitere Zielgruppe sind Mitarbeiter von Behörden, Institutionen des Gesundheitswesens und Mitarbeiter der tangierenden Bereiche in der Schadensbeseitigung z.B. der Ver- und Entsorgung, die unter anderem auf Basis dieser Ausbildung qualifiziert werden können. Aufbauend auf diese Grundausbildung müssen dann weiterführende, Fachdienst-spezifische Aus- und Fortbildungen der Einsatzkräfte für den jeweiligen Einsatzbereich durchgeführt werden.

Die Kapazität der sich aus dem Curriculum entwickelnden Ausbildung umfasst 17 Unterrichtsstunden mit jeweils 45 Minuten Unterrichtszeit. Die Ausbildungen sollen auf der „Vor-Ort-Ebene“ möglichst interdisziplinär durch die Leistungserbringer in der Gefahrenabwehr erfolgen, um Synergien und bestehende Ressourcen sinnvoll nutzen zu können.

Gleichzeitig kann durch die Entsendung von Teilnehmern aller Leistungserbringer in einen gemeinsam durchgeführten Lehrgang die Zusammenarbeit gefördert und die Effektivität der Gefahrenabwehr durch persönliches Kennen der Aktionspartner weiter begünstigt werden. Inhaltlich ist das Curriculum in Lernabschnitte, Hauptthemen und Einzelthemen gegliedert. Die Lernabschnitte gliedern den insgesamt zu vermittelnden Stoff durch Ordnung in Oberbegriffe zu Themenblöcken. Ziel war hier vor allem, eine sinnvolle, modulare Durchführung der Ausbil-



Abb. 2: Mitwirkende bei der Konzeptionsarbeit zum „ABC-Curriculum“

dung zu ermöglichen. Hauptthemen und Einzelthemen beschreiben die zu vermittelnden Inhalte und geben dem Ausbilder so einen detaillierten Überblick über die zu vermittelnden Lerninhalte und zur Sicherung einer einheitlichen Ausbildung aller Helfer. Die Einzelthemen beschreiben darüber hinaus, welche Themeninhalte, zielgerichteten Verhaltensweisen und Leistungen der Lehrgangsteilnehmer am Ende der Ausbildung in seiner Tätigkeit umsetzen kann.

Die Intensität dieser Befähigung wird in Lernzielstufen definiert, die an der Feuerwehr Dienstvorschrift 2 (FwDV2) angelehnt sind. So wird erreicht, dass die Lehr- und Lerntiefe dem Grundausbildungsniveau angepasst ist und nicht zur Überforderung der Teilnehmer führt.

ABC-Grundlagen

Dieser Lernabschnitt beschreibt „Allgemeine Grundlagen“. In 4 Unterrichtseinheiten werden ABC-Gefahren definiert und ihre Quellen abgeleitet. Einen großen Komplex stellen Inhalte zum Basiswissen

über ABC-Gefahrstoffe dar. Hierbei werden deren Eigenschaften, Freisetzungs- und Ausbreitungsformen, deren gefährliche Wirkmechanismen und Gefährdungspotenziale thematisiert. Auch werden Kennzeichnungssysteme für ABC-Gefahrstoffe und Zeichen der möglichen Kontamination aufgezeigt.

Einsatzlehre

In diesem Lernabschnitt sollen Einsatzgrundsätze und Besonderheiten in der Bearbeitung von Lagen mit ABC-Gefährdungen bearbeitet werden. So sollen Teilnehmer Informationen zum Zusammenwirken von Fachdiensten und Behörden und zu Informationswegen erhalten.

Sie lernen Prinzipien der Raumordnung sowie Absperrungs- und Kennzeichnungsmaßnahmen kennen. Darüber hinaus werden die Teilnehmer über mögliche Veränderungen von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, zu Quarantäne, Dekontamination/ Desinfektion in einem B-Einsatz informiert. Für ihren eigenen Fachdienst lernen sie Einschränkungen der Fachaufgaben und besondere Arbeitsverfahren aufgrund des ABC-Einsatzes kennen und werden so auf ihre Aufgaben vorbereitet.

- ABC-Grundlagen
- ABC-Schutzmaßnahmen
- Einsatzlehre
- Rechtliche Grundlagen
- Sonstiges

Abb. 3: Lernabschnitte des Curriculum „standardisierte ABC-Grundausbildung“.

ABC-Schutzmaßnahmen

Kernstück dieses Lernabschnittes ist zweifellos die praktische Ausbildung im Umgang mit der persönlichen Schutzausrüstung (PSA) einschließlich der Durchführung von Gewöhnungsübungen für die fachdienstliche Aufgabenwahrnehmung unter PSA.

Vorbereitend hierfür werden Systeme der PSA, wie sie in der ABC-Gefahrenabwehr eingesetzt werden, dem Teilnehmer vorgestellt. Er lernt den Umgang mit den, für seine Einsatzaufgaben angemessenen Schutzsystemen, wie sie angelegt werden, wie sie abgelegt werden und auch, wie er Fehlerquellen erkennen kann. Neben diesen praktischen Inhalten werden im Lernabschnitt ABC-Schutzmaßnahmen Grundregeln zum Eigenschutz und zur Schadensminimierung behandelt. Maßnahmen der Allgemeinen Hygiene und Grundregeln des persönlichen Schutzverhaltens für Betroffene und Helfer im Geschehen und nach dem Geschehen werden thematisiert.

Rechtliche Grundlagen im ABC-Einsatz

Inhaltlich soll in diesem Teil der Grundausbildung auf die rechtliche Situation des Helfers im ABC-Einsatz eingegangen werden. Seine Rechte, seine Pflichten und Einschränkungen, denen er in einem solchen Einsatz unterliegen kann, werden vermittelt. Darüber hinaus wird der Teilnehmer über Einschränkungen für die Bevölkerung sowie über seine Rechte gegenüber Dritten informiert.

Sonstiges

Zwei Schwerpunkte werden in diesem Abschnitt behandelt. ABC-Einsätze können als komplexe Lage besondere psychologische Aspekte mit sich bringen. Der Helfer wird über die Auswirkung von Schutzzuständen, über Probleme von Langzeitlagen sowie über Isolations- und Kommunikationsprobleme informiert.

Der zweite Schwerpunkt ist, den Teilnehmer darin zu unterweisen, wie er in komplexen ABC-Lagen Betroffene oder die Bevölkerung zum angemessenen Verhalten zu Selbstschutzmaßnahmen anleitet und auch, wie er ihm übertragene Maßnahmen im Einsatz auch durchsetzen kann.

Die entsprechende Empfehlung „Curriculum standardisierte ABC-Grundausbildung“ der SKK wurde im März 2004 allen Entscheidungsträgern in Bund, Länder, Organisationen und Gremien mit Beteiligung an der Gefahrenabwehr überstellt.

Zusammenarbeit von BBK und PG9, Umsetzungsstrategie und Pilotlehrgang

In einem Jahr, von April 2004 bis zum April 2005, entwickelten die PG9 unter Mitwirkung der BBK-Zentren „Zivilschutzforschung, ABC-Schutz/-Vorsorge“ und „Zivilschutzausbildung“ gemeinsam eine Umsetzungsstrategie, um vor allem den Hilfsorganisationen die Organisation und Durchführung der empfohlenen „ABC-Grundausbildung“ ihrer Helfer in den Einheiten auf Standortebene zu ermöglichen.

Schon an dieser Stelle ist es wichtig hervorzuheben, dass dies erst der Beginn der Umsetzungsplanung sein kann, denn es sind zunächst in Einklang zu bringen:

- die Rahmenbedingungen der Hilfsorganisationen,
- die Rahmenbedingungen der Träger der Gefahrenabwehr auf allen Ebenen und nicht zuletzt
- die Rahmenbedingungen der Kostenträger für diesen neuen Bestandteil der Grundausbildung der Helfer. Bei den Feuerwehren sind diese Ausbildungsinhalte integraler Bestandteil der Grundausbildung und auch die Bundesanstalt THW ist in der Umsetzungsphase.

Die erarbeitete Umsetzungsstrategie sieht zunächst eine Qualifizierung von Multiplikatoren vor. Die Aufgabe der Multiplikatoren wird sein, in den Hilfsorganisationen zunächst „Fachausbilder ABC-Grundausbildung“ darin zu schulen, wie sie auf der Standortebene die standardisierte ABC-Grundausbildung planen, organisieren und dann natürlich auch durchführen können. Dabei ist nochmals hervorzuheben, dass es sicher sinnvoll sein kann, auf bestehende Ressourcen vor Ort zurückzugreifen und organisationsübergreifend vor allem die praktischen Ausbildungsanteile gemeinsam auszubilden.

Weitere Arbeitsschritte waren die gemeinsame Erarbeitung eines „Lernziel- und Themenkataloges“ mit detaillierten Inhaltsangaben zur Durchfüh-



Abb. 3: Umsetzungsstrategie.

rung der ABC-Grundausbildung und die Vorbereitung des Pilotseminars für Multiplikatoren.

Vom 11.04.2005 bis zum 13.04.2005 wurde vom BBK an der AKNZ in Zusammenarbeit mit der SKK-PG9 das erste von zwei in diesem Jahr geplanten Pilotseminaren „Multiplikatoren für Ausbilder in der standardisierten ABC-Grundausbildung“ durchgeführt. Alle fünf Hilfsorganisationen hatten Teilnehmer entsandt und das Seminar wurde unter der Leitung von Dozenten der SKK-PG9 und des BBK durchgeführt. Als Seminar-Unterlage wurde den Teilnehmern ein Datenträger mit Fachinformationen

und Vortragsdateien überreicht. Das Seminar war mit Workshop-Charakter so aufbereitet, dass anhand des Lernziel- und Themenkataloges die Lernabschnitte

Hierzu stehen neben dem weiteren Pilotseminar im Herbst dieses Jahres Planungen für fünf weitere Seminare in 2006 an. Für die Durchführung

Zeiten	Montag, 11.04.2005	Dienstag, 12.04.2005	Mittwoch, 13.04.2005
08:00 – 09:30	Begrüßung, Einführung, Die standardisierte ABC- Grundausbildung aller Helfer	Lernziel- und Themenkatalog Workshop Lernabschnitt 3	Lernziel- und Themenkatalog Workshop Lernabschnitt 4
10:00 – 11:30	Curriculum und Lernziel-Themenkatalog	Lernziel- und Themenkatalog Workshop Lernabschnitt 3	Zusammenfassung - Ausbilderqualifizierung - ABC-Grundausbildung
12:45 – 14:15	Lernziel- und Themenkatalog Workshop Lernabschnitt 1	Lernziel- und Themenkatalog Workshop Lernabschnitt 2	Reflektion des Pilotlehrganges - Veränderungspotential, - Anforderungskatalog, - Lehrmittelsammlung
14:45 – 16:15	Lernziel- und Themenkatalog Workshop Lernabschnitt 1	Lernziel- und Themenkatalog Workshop Lernabschnitt 2	Reflektion des Pilotlehrganges - Veränderungspotential, - Anforderungskatalog, - Lehrmittelsammlung

Abb. 5: Seminarplan Pilotlehrgang „Multiplikatoren in der ABC-Grundausbildung“.
(Grafiken: Schreiber)

durchgearbeitet wurden und sowohl Fachwissen an die Multiplikatoren transportiert wurde, als auch methodische, didaktische und organisatorische Bedingungen der standardisierten ABC-Grundausbildung gemeinsam erarbeitet wurden.

Zusammengefasst kann aus der Seminaurwertung abgeleitet werden, dass für die Durchführung von Ausbilder-Qualifikationen einerseits eine umfassende Sammlung von Fachinformationen erstellt und zur Verfügung gestellt werden muss und andererseits zusätzlich eine Lehrmittelsammlung sowie für die praktische Ausbildung Sätze unterschiedlicher, bedarfsorientierter Persönlicher Schutzausrüstung nötig sind. Zur Sicherstellung eines einheitlichen Grundausbildungsstandes ist es nötig, dass auch die Einsatzkräfte der Polizeien, des Rettungsdienstes, des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und der anderen Leistungserbringer geschult werden und dass dementsprechend auch dort Multiplikatoren qualifiziert werden.

fachdienstlicher Aufgaben des Rettungs- Sanitäts- und Betreuungsdienstes unter ABC-Bedingungen und im Rahmen des Zusammenwirkens mit den Feuerwehren im ABC-Einsatz bedarf es noch erheblicher Konzeptions- und Abstimmungsarbeit. Dieser Aufgabe wollen wir uns stellen. Gerne berichte ich zu gegebener Zeit über den weiteren Verlauf dieses Projektes.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Fachinformationsstelle für
Zivil- und Katastrophenschutz

Deutschherrenstraße 93-95

53177 Bonn

*Bitte im
Fensterbriefumschlag
absenden oder
per Fax übermitteln:
01888-550-579*

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Titel an meine Anschrift:

Name Vorname

Straße

PLZ Ort

Dienststelle/Firma Funktion im ZS/KatS

Tel.nr. für Rückfragen

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN oder ggf. Stempel verwenden)

**Zivilverteidigungs-,
Zivilschutz- und Kata-
strophenschutzrecht**

☐ Best.-Nr.: 2/05/103

Berichtigung des Geset-
zes zur Neuordnung des
Brandschutzes, Rettungs-
dienstes und Katastro-
phenschutzes im Frei-
staat Sachsen vom 5.
November 2004.

In: Sächsisches Gesetz-
und Verordnungsblatt
(2004), H. 14, S. 647
In Artikel I § 45 werden
die Worte „Öffentliche
Auslegung der externen
Notfallpläne“ durch die
Angabe „§ 44“ ersetzt.

☐ Best.-Nr.: 2/05/87

Gesetz zur Regelung der
Versorgung bei besonde-

ren Auslandsverwendun-
gen (Einsatzversorgungs-
gesetz - EinsatzVG) vom
21. Dezember 2004
In: Bundesgesetzblatt,
Teil I (2004), H. 72, S.
3593-3598

☐ Best.-Nr.: 2/05/78

Verkehrsleistungen für die
Gefahrenabwehr: fast un-
bemerkt von der Öffent-

lichkeit hat der Bundes-
tag am 23. Juli 2004 das
Gesetz zur Sicherung von
Verkehrsleistungen (Ver-
kehrsleistungsgesetz) be-
schlossen (BGBl. I S.
1865) / Rainer Ott
In: Florian Hessen
(2004), 6, S. 6 - 7

☐ Best.-Nr.: 2/05/141

Verordnung über den

Hochwassernachrichtendienst vom 10. Januar 2005

In: GVBl. Bayern (2005), 2, S. 11 - 13

☉ Best.-Nr.: 2/05/97

Zweites Gesetz zur Verwaltungsstrukturreform vom 20. Dezember 2004. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen (2004), H. 24, S. 506 - 529

Art. 10. Änderung des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz

Bevölkerungsschutz / Zivilschutz

☉ Best.-Nr.: 2/05/150

Aufgaben und Organisation des Katastrophenschutzes – neue Herausforderungen erfordern neue Antworten. Editorial / Klaus Buß In: Brandschutz 59 (2005), 2, S. 79

☉ Best.-Nr.: 2/05/17

Bemerkung 2002, Nr. 15: Zuwendungen für die

Ausbildung der Bevölkerungen in Erster Hilfe und zu Pflegehilfskräften In: Ergebnisbericht Bundesrechnungshof (2004), S. 24

☉ Best.-Nr.: 2/05/82

Fortschritte und Defizite bei Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP - Drucksache 15/4111 - / die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 26. November 2004 übermittelt

In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages : Drucksache 15/4316, 12 Seiten

☉ Best.-Nr.: 2/05/14

Zur Bedeutung des humanitären Völkerrechtes im zivilen Bevölkerungsschutz / Sascha Rolf Lüder In: Notfallvorsorge 35 (2004), H. 3, S. 13 - 15

☉ Best.-Nr.: 2/05/34

Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs

eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005), TOP I.11. Einzelplan 06. Bundesministerium des Innern / Rede von Otto Schily

In: Stenographischer Bericht: [...] Sitzung / Deutscher Bundestag 15/140 vom 23.11.2004, S. 12995-12999

Katastrophenschutz

☉ Best.-Nr.: 2/05/95

Führen von Einheiten (FvE). Die modulare Ausbildung von Einheitsführern im ASB / Jürgen Schreiber In: Im Einsatz. Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 11 (2004), H. 6, S. 44 - 47

☉ Best.-Nr.: 2/05/111

Chemie-Unfälle: die Organisation der Rettung in Italien / Federico Federighi In: Koordinierter Sanitätsdienst. Informationsschrift über den KSD in der Schweiz (2004), H. 4, S. 7 - 10

☉ Best.-Nr.: 2/05/59

Erdbebenkatastrophe in Tritelien. Internationale EU-Katastrophenschutz-Übung EUDREX in Niederösterreich In: Zivilschutz aktuell (2004), H. 4, S. 18 - 20

☉ Best.-Nr.: 2/05/68

Jahresbericht 2004 / DRK-Landesverband Westfalen-Lippe In: Idee und Tat (2004), H. 6, S. 4 - 12

☉ Best.-Nr.: 2/05/124

Erstmals gemeinsame Grundausbildung im Wetterauer Katastrophenschutz / Text und Foto: Hagen Vetter In: Florian Hessen (2005), 1, S. 28

☉ Best.-Nr.: 2/05/24

Auswirkungen der Ersetzung der bisherigen Verteidigungsbezirkskommandos durch mit Reservisten besetzte Verbindungskommandos auf die Kommunikation mit zivilen Behörden vor allem im Katastrophenfall [schriftliche Frage der Abgeordneten Veronika Bellmann (CDU/CSU) und Antwort des

- Parl. Staatssekretärs Walter Kolbow v. 29.10.2004] In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages : Drucksache 15/4120 vom 5.11.2004, S. 45
- ☉ Best.-Nr.: 2/05/92
- „Joint Operation“ im Katastrophenschutz. Übung „Goldener Reiter 04“ / Julian B. Schnitter In: Im Einsatz. Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 11 (2004), H. 6, S. 11 - 13
- d. Innenministeriums v. 14.12.2004 In: Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen (2005), 4, S. 62 - 64
- / Bekanntmachung des Ministeriums des Innern v. 22. November 2004. In: Amtlicher Anzeiger. Beilage zum Amtsblatt für Brandenburg (2004), H. 49 vom 15.12.2004, S. 2129-2131
- ☉ Best.-Nr.: 2/05/94
- Für die Zukunft gut gerüstet. Helfer-, Leitungs- und Führungskräfteausbildung im DRK-LV Nordrhein / Stefan Dahmen In: Im Einsatz. Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 11 (2004), H. 6, S. 39 - 43
- ☉ Best.-Nr.: 2/05/117
- Die Katastrophe vom 11. März 2004 in Madrid / Ervigio Corral Torres In: Koordinierter Sanitätsdienst. Informationsschrift über den KSD in der Schweiz (2004), H. 4, S. 33
- ☉ Best.-Nr.: 2/05/159
- Ministerpräsident Peer Steinbrück und Innenminister Dr. Fritz Behrens übergeben Fahrzeuge des Landes an Hilfsorganisationen. Behrens: Ehrenamtliche Helfer im Katastrophenschutz unersetzlich / Innenministerium NRW In: Idee und Tat (2005), 1, S. 14
- ☉ Best.-Nr.: 2/05/110
- Sanitätsdienst bei Grossveranstaltungen in Fussballstadien / Nicolas Gorodetzky In: Koordinierter Sanitätsdienst. Informationsschrift über den KSD in der Schweiz (2004), H. 4, S. 4 - 6
- ☉ Best.-Nr.: 2/05/16
- Hilfe aus Bayern: wie der Freistaat über die Grenzen hinweg Katastrophenhilfe leisten kann In: Brandwacht 59 (2004), H. 3, S. 148
- ☉ Best.-Nr.: 2/05/35
- Komplexe ABC-Lagen besser bewältigen. Die Grundlagen der Analytischen Task Force (ATF) im ABC-Schutz / Mario König In: Homeland Security (2004), H. 3, S. 6 - 10
- ☉ Best.-Nr.: 2/05/27
- Nur nicht baden gehen: beim Kampf gegen die Naturgewalten machen Rheinland-Pfalz und die Bundeswehr in Zukunft gemeinsame Sache / von Andi Klöfer In: aktuell. Zeitung für die Bundeswehr H. 47 vom 22.11.2004, S. 8-9
- ☉ Best.-Nr.: 2/05/158
- Simulierte Schrecken: wie Experten auf höherer Verwaltungsebene mit Terror und einer Naturkatastrophe umgehen wollen. Mit der ersten länderübergreifenden Übung wurde Neuland betreten, wichtige Erkenntnisse sollen umgesetzt werden / Bernd Zaayenga, Christian Schwarz, Dierk Meier In: Brandwacht 60 (2005), 1, S. 26 - 27
- ☉ Best.-Nr.: 2/05/133
- Krisenmanagement durch Krisenstäbe bei den kreisfreien Städten, Kreisen und Bezirksregierungen bei Großschadensereignissen (§ 1 Abs. 3 FSHG) im Lande Nordrhein-Westfalen / RdErl.
- ☉ Best.-Nr.: 2/05/79
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb einer Regionalleitstelle für Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz
- ☉ Best.-Nr.: 2/05/13
- Die SKK hat den Finger am Puls / W. Glass

In: Notfallvorsorge 35 (2004), H. 3, S. 10 - 12
Tagung der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz

☉ Best.-Nr.: 2/05/119

Stürmischer Samstag. Berlin-Brandenburger Einsatzübung / Thomas Kampa, Andreas Klose, Peter Steinitz
In: Rotes Kreuz (2005), H. 1, S. 40 - 41

☉ Best.-Nr.: 2/05/42

Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder TOP 17. Bundeshaushalt 2005; Mittelsituation in der Ergänzung des Katastrophenschutzes
In: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 175. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 19. Nov. 2004 in Lübeck, S. 18

☉ Best.-Nr.: 2/05/12

Ungereimtheiten der Länderstrategie im Katastrophenschutz oder intelligente Lösung? / Replik von Benedikt Liefländer

In: Notfallvorsorge 35 (2004), H. 3, S. 5 - 6

☉ Best.-Nr.: 2/05/93

Welche Lehren sind zu ziehen? Terroranschläge in Madrid im März 2004; Teil 2 / Hanno Peter

In: Im Einsatz 11 (2004), H. 6, S. 31 - 33
Teil 1 „Neue Dimension des Großeinsatzes“ mit der Bestellnr. 1/05/93

Medizin, Rettungsdienst

☉ Best.-Nr.: 2/05/80

Defizite in der Notfallversorgung - gute Konzepte schlecht umgesetzt? : 9. Leinsweiler Gespräche der agswne.V. in Zusammenarbeit mit INM, IfN und BAND, 2.-3. Juli 2004 / Thomas Schlechtriemen [u.a.]
In: Der Notarzt 20 (2004), H. 6, S. 197 - 203

☉ Best.-Nr.: 2/05/112

Dekontaminationskonzept bei Zwischenfällen

mit chemischen Gefahrstoffen / Bernd D. Domres

In: Koordinierter Sanitätsdienst : Informationsschrift über den KSD in der Schweiz (2004), H. 4, S. 11 - 15

☉ Best.-Nr.: 2/05/118

Katastrophenplanung im Krankenhaus: Das Krefeld-Modell / Georgios Leledakis

In: Koordinierter Sanitätsdienst : Informationsschrift über den KSD in der Schweiz (2004), H. 4, S. 34 - 36

☉ Bestellnummer 2/05/114

Unfälle und Attentate mit chemischen Gefahrstoffen / Laurent Mathon

In: Koordinierter Sanitätsdienst : Informationsschrift über den KSD in der Schweiz (2004), H. 4, S. 24 - 27

☉ Bestellnummer 2/05/62

Vorsorgeplanungen für die gesundheitliche Versorgung bei Großschadensereignissen / RdErl. d. Ministeriums für Gesundheit, Soziales,

Frauen und Familie v. 22.11.2004

In: Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen (2004), H. 45, S. 1139

Technik, Feuerwehrwesen

☉ Best.-Nr.: 2/05/11

Akustische Warnvorrichtungen (Einsatzhorn) und Kennleuchten für blaues Blinklicht an Privatfahrzeugen von Führungskräften der Feuerwehren / Gem. RdErl. d. MI u. d. MW v. 1.11.2004

In: Niedersächsisches Ministerialblatt 54 (2004), H. 33, S. 631

☉ Best.-Nr.: 2/05/86

Hannover: zivile ABC-Abwehr / Klaus Bethge
In: Feuerwehrfachzeitschrift (2005), H. 1, S. 48 - 51

Selbstmordversuch mit Folgen

Feuerwehr und THW sichern einsturzgefährdetes Gebäude

Von Irene Kölbl und Stefan Wagner

Am 24. Januar 2005 um 4:59 Uhr alarmierte die Leitstelle der Berliner Feuerwehr wegen Meldungen über eine Explosion mit dem Stichwort „Feuer 2 Staffeln“ die ersten Feuerwehrkräfte. In der Deulstraße, Berlin-Oberschöneweide, fanden die Feuerwehrleute zwei verletzte Personen auf dem Bürgersteig. Geweckt durch einen ohrenbetäubenden Knall hatten andere Mieter des Hauses sie nach draußen begleitet. Nachdem die medizinische Erstversorgung der Verletzten durch den Notarzt abgeschlossen war, wurden beide in Krankenhäuser transportiert. Eine Frau, die im Hof zu Schaden gekommen war, lieferte ein anderer RTW in eine Klinik ein. Die weitere Erkundung ergab, dass eine Gasexplosion den teilweisen Einsturz des Hinterhauses herbeigeführt hatte. Einen kleineren Folgebrand konnte die Feuerwehr umgehend löschen. Aus dem betroffenen Gebäude brachten die Feuerwehrleute insgesamt 16 Personen in Sicherheit.

Anschließend waren vorsorglich umliegende Gebäude zu räumen, da sie ein fortschreitender Einsturz in Mitleidenschaft gezogen hätte. Die Mieter

des Hauses versorgte der DRK-Betreuungsdienst (OV Müggelspree) in einer nahe gelegenen Kirchengemeinde.



Aus dem Arbeitskorb des Krans begutachteten Feuerwehr und Polizei die Explosionsstelle, um die weiteren Einsatzmaßnahmen zu koordinieren.

Unterstützung anderer Organisationen

Die Lage an der Einsatzstelle erforderte besondere Hilfe. Für die Suche nach Verschütteten benötigte die Einsatzleitung der Berliner Feuerwehr entsprechendes Gerät und Technik: Alarmiert wurden eine DRK-Rettungshundestaffel und das Technische Hilfswerk (THW). Die Hunde konnten jedoch keine

Witterung aufnehmen. Auch mit dem Bioradar des THW, das mit einer Eindringtiefe bis zu 3 m Personen zu detektieren vermag, waren keine menschlichen Lebenszeichen zu orten. Mittlerweile war erfasst, wo sich die Bewohner befanden, so dass keine Personen abgängig waren. Demzufolge konnten sich die weiteren Maßnahmen auf die Sicherung des Gebäudes konzentrieren.

Anhand von Oberflächenbildern zeigten die THW-Helfer mit einer leistungsstarken Wärmebildkamera Risse in der Struktur der Häuser auf. Nach-

tigkeit einbüßte und einstürzte. Dadurch bräche mit dem Dach auch die gesamte linke Gebäudehälfte zusammen.

Gebäudesicherung

Die Einsatzleitung entschied sich, das Haus abstützen zu lassen. Die Stabilisierung der Wand übernahm das THW erst mit einem Parallelogramm, das Lt. BD Wilfried Gräfling entworfen hatte. Die

Hilfskonstruktion verhinderte, dass Einsatzkräfte im Trümmerschatten der Wand arbeiten mussten.

Das Sprengwerk aus dem Abstützsystem Holz (ASH) ist mit Holzkeilen zu unterfüttern. Mit diesem System, das weithin auch unter dem Namen „Frablo“ bekannt ist, sind angeschlagene, einsturzgefährdete Gebäude abzustützen und auszusteuern. Das ASH nutzt bewährte Abstützmethoden wie Sprengwerke und Strebstützen. Vorhanden sind vorgefertigte Bauteile, die einem Baukasten vergleichbar



Etwa vier Stunden dauerte es, bis die Hilfskonstruktion zum Schutz der Einsatzkräfte zusammengebaut und in Position gebracht war. Das verwendete Material gehörte nicht zum Abstützsystem Holz (ASH) und war separat aus THW-Beständen anzufordern.

dem eine Außenwand immer mehr zur Seite sackte, bestand akute Einsturzgefahr. Die Bauaufsicht und der Einsatzleiter der Berliner Feuerwehr sowie der Leiter des THW besprachen die Möglichkeiten der Sicherung bzw. Gefahrenbeseitigung:

- Sprengung: Aufgrund der vorhandenen Wärmedämmfassade ließ sich ein kontrollierter Einsturz von außen nicht durchführen. Eine Sprengung wäre nur von innen mit aufgesetzten Ladungen möglich gewesen.
- Abstützen: Als Alternative bot sich die Abstützung der Außenwand an. Im zweiten Obergeschoss, wo sich die Detonation ereignet hatte, wölbte sie sich mehr und mehr nach außen. Die Gefahr war groß, dass sie irgendwann die Standfes-

für den jeweiligen Einsatzzweck verwendet werden. Das ASH-System umfasst folgende Komponenten:

- Materialausstattung: Holzbausatz (etwa 7 m³ Bauholz mit Zubehör), Fuhrpark mit Anhänger, Kipper und Ladehilfe (Gabelstapler, Kran oder Radlader) zum Transport bzw. zur Verarbeitung sowie Zusatzgeräte (z. B. Zimmereikettensäge, schwere Bohrmaschinen, elektrische Unterverteilungen und eine Ramme für Erdnägel).
- Vorbereitende Logistik: Für die Beladung der Fahrzeuge, den Zuschnitt, das Aufmaß an einsturzgefährdeten Objekten, die Montage und Demontage der Abstützungen stehen Pläne und Organisationsmuster zur Verfügung.

- Geschultes Personal: Die Sicherung von Gebäuden, denen der Einsturz droht, ist schwierig und oftmals gefährlich. Es reicht also nicht aus, den Abstützsatz vorzuhalten. Vielmehr muss das Fachpersonal entsprechend ausgebildet sein (Baukunde, Holz- und Metallbearbeitung, Statik, Gefahren der Einsatzstelle usw.), um „Aufträge“ sicher abwickeln zu können.

Spezialkran erforderlich

Für die Arbeiten war ein Kran mit einer Ausladung notwendig, den weder die Berliner Feuerwehr noch die Katastrophenschutzorganisation vorhielten: Das freistehende Hinterhaus war nur durch die unterkellerte Hofeinfahrt des Nachbargebäudes oder über das Dach zu erreichen. In das Einsatzgeschehen war eine Fachfirma einzubinden. Die Berliner Feuerwehr hat derartige Maßnahmen nicht explizit mit Kooperationsverträgen geregelt. In der Leitstelle liegt allerdings eine Liste von Unternehmen vor, die der Lagedienst im Einsatzfall ansprechen kann. In der Deulstraße beriet Frank Stage, ein Außendienstmitarbeiter der BTB Logistik GmbH, Berlin, die Einsatzleitung.

Grundlage für die Bestimmung des Krans waren die erforderlichen Ausladungen über das Vorderhaus und die zu hebenden Gewichte bis etwa 850 kg. Anschließend wurde der Kranfahrer alarmiert und von einer Baustelle in Berlin-Neukölln abgezogen.

Zum Einsatz kam ein Liebherr-Mobilkran MK 100 mit einem Fünf-Achs-Chassis und einer Auslegerlänge von 52 m. Dieser Kran ist eine Spezialkonstruktion, die die Vorteile eines Mobil- und eines Turmdrehkrans verbindet. Er ist eine Weiterentwicklung aus dem MK 80 und erst seit Anfang

2004 auf dem Markt. In Berlin gibt es bisher wohl nur ein Exemplar dieses Krantyps. Der Ausleger ist nicht wie bei Mobilkränen üblich ein diagonaler Arm, sondern setzt sich aus einem senkrechten Vollwandturm und einem waagerechten Ausleger zusammen. Der wenig Platz benötigende Kran konnte vor dem Vorderhaus aufgestellt werden. Er ist für den Ein-Mann-Betrieb konzipiert und lässt sich mit einer Funkfernsteuerung bedienen. Vor Ort errichtete sich der Kran binnen 15 Minuten vollautomatisch und programmgesteuert selbst.

Direkt daneben baute der Berliner THW-Ortsverband Charlottenburg-Wilmersdorf zunächst das bereits genannte Parallelogramm. Dieses sollte die THW-Einsatzkräfte bei der abschließenden Verstei-



Die Hilfskonstruktion schwebte ein und wurde gesichert.

fung des Sprengwerks vom ASH schützen. Beide massiven Holzkonstruktionen wurden mit dem Kran erst auf den Hof und danach in ihre endgültige Position zwischen zwei Hauswänden gehoben.

Gelungenes Teamwork

Erst in den Nachtstunden waren die Arbeiten beendet. Das Einsatzgeschehen zeigte auf, dass sich die Berliner Feuerwehr und das THW wechselseitig

ergänzen. Die enge Zusammenarbeit der beiden „Organisationen“ hatte bereits in den 1980er Jahren begonnen. Eine Kooperation, die darauf abzielt, den Helfern Einsatzerfahrung zukommen zu lassen, das Hilfeleistungssystem der Stadt und das Zusammenwirken ständig zu erproben. Die Beteiligung der privaten Kranfirma erfolgte ohne Komplikationen; die fachkundige Beratung vor Ort war für die erfolgreiche Einsatzabwicklung unabdingbar.



Das Sprengwerk aus dem ASH wurde mit Hilfe des Krans in Position gebracht. (Fotos: Stefan Wagner)

Einsatzablauf

04:59 Uhr	Alarmierung „Explosion“ bzw. „Feuer 2 Staffeln“
05:07 Uhr	Erste Einsatzkräfte (ein LHF) vor Ort
05:12 Uhr	Erhöhung „Feuer 6 Staffeln“
05:14 Uhr	Erhöhung „MANV 3“
05:29 Uhr	Erkundung und erste Lage: „Lage unübersichtlich“
05:32 Uhr	Alarmierung THW und Rettungshunde
06:05 Uhr	Eintreffen Fachberater THW
08:28 Uhr	Eintreffen Fachberater der BTB Logistik GmbH (Mobilkran)
21:15 Uhr	Einsatzstelle unter Kontrolle
22:46 Uhr	Einsatzende

Eingesetzt waren 130 Angehörige der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr, etwa 100 Polizisten und

rund 65 ehrenamtliche THW-Helfer aus acht Berliner Ortsverbänden. Kräfte weiterer Hilfsorganisationen und Behörden befanden sich ebenfalls an der Einsatzstelle.

In jüngerer Vergangenheit gab es in Berlin einige Gasexplosionen:

15.05.2002: Mehrere Anrufer hatten einen Knall, eine Rauchwolke und einen Brand gemeldet, die eine Gasexplosion nahe legten. Mit 70 Einsatzkräften und einem Kran traf die Berliner Feuerwehr in der Mühlsamstraße 36, Berlin-Friedrichshain, ein. Die Explosion hatte sich offensichtlich in einer Wohnung im Seitenflügel des Hauses ereignet, das gerade saniert wurde. Die auf dem Baugerüst befindlichen Handwerker zogen einen Mieter in ihre Nähe, der abstürzte, bevor ihn die Einsatzkräfte retten konnten. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte der

Bewohner die Explosion selbst verursacht.

14.08.2000: Eine Zustellerin hatte in der Herderstraße in Charlottenburg Gasgeruch bemerkt und die Feuerwehr alarmiert. Durch Streit mit seiner Ehefrau und den Nachbarn hatte ein Mieter im Keller Gas ausströmen lassen. Da er dort auch Kerzen aufgestellt hatte, kam es trotz der zwischenzeitlichen Alarmierung zu einer Explosion. Elf Menschen, darunter zwei Einsatzkräfte der Feuerwehr und fünf Polizeibeamte, trugen zum Teil schwere Verletzungen davon. Im Jahr 2002 konnte der flüchtige Täter schließlich in Spanien verhaftet werden.

04.08.1998: Aufgrund einer Gasexplosion stürzte das Haus in der Lepsiustr. 57, Berlin-Steglitz, in den frühen Morgenstunden vollständig ein. Sieben Menschen kamen bei dem Unglück ums Leben. Nach kriminalpolizeilichen Ermittlungen hatte eine Manipulation an der Gasleitung das Schadenereignis ausgelöst. Der mutmaßliche Verursacher, ein 13-jähriger Junge, erlitt ebenfalls tödliche Verletzungen.

INTERSCHUTZ 2005

Im Juni lädt die INTERSCHUTZ 2005 nach Hannover ein

Von Rainer Schramm

Wenn vom 6. bis 11. Juni 2005 die alle fünf Jahre durchgeführte „INTERSCHUTZ – Der Rote Hahn“ auf dem Messegelände in Hannover stattfindet, sind deutliche inhaltliche Vertiefungen und Neuausrichtungen dieser in ihrer Zusammensetzung wohl einmaligen internationalen Leitmesse zu vermerken. Erstmals wird das Thema „Sicherheit“ fester Ausstellungsbestandteil der INTERSCHUTZ sein. Unter diesem Begriff sind u.a. die Bereiche „Mechanische Sicherungstechnik“, „Kontroll- und Überwachungseinrichtungen“, „Informationsschutz“, „Biometrische Systeme“, „Sicherung und Bewachung durch private Sicherheitsdienstleister“ und „Spezialfahrzeuge“ zu verstehen.

Mit diesem neuen Ausstellungsbereich kommt die Deutsche Messe AG der wachsenden Bedeutung von Sicherheitsthemen im betrieblichen und häuslichen Bereich sowie im Verkehr und beim Transport entgegen.

Veranstaltet wird die INTERSCHUTZ 2005 in den Hallen 12, 13, 26 und 27 sowie auf dem Freigelände rund um das EXPO-Dach. Die Deutsche Messe AG erwartet hier auf über 80.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche über 1.100 ausstellende Unternehmen, Institutionen, Organisationen und Verbände.

Eine deutliche Vertiefung wird der bereits bestehende „Rettungsdienstbereich“ erfahren. Um dies zum Ausdruck zu bringen, wurde der Untertitel der INTERSCHUTZ geändert und der Bereich „Rettung“ an die erste Stelle gestellt.

Einzigartig wird auch im Jahre 2005 wieder die Mischung aus Ausstellung, Fachforen, Seminaren, Sonderveranstaltungen und Live-Events sein. Das zeigt sich auch daran, dass die Besonderheit der INTERSCHUTZ die Zusammensetzung aus sich ergänzenden industriellen und ideellen Ausstellern ist.

Zu einem Ausbau der Attraktivität der INTERSCHUTZ werden auch die erstmals 2005 durchge-

führten Thementage führen. So steht unter anderem der Donnerstag, 9. Juni 2005, unter dem Thema „Katastrophen-/Zivilschutz“.

Während der Laufzeit der INTERSCHUTZ 2005 werden wieder internationale Konferenzen, z.B. die Welt-Feuerwehrkonferenz mit Repräsentanten aus aller Welt, die Tagung der FEU (Föderation der Feuerwehrverbände der Europäischen Union) durchgeführt. Die die INTERSCHUTZ flankierenden Veranstaltungen zeigen die herausragende Bedeutung dieser Leitmesse auch als Tagungsort, an dem sich Fachleute aus Politik, Wirtschaft, Verbänden, Hilfsorganisationen sowie aus dem Feuerwehrbereich zum Erfahrungsaustausch treffen.

Das BBK – Partner im Bevölkerungsschutz

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) beteiligt sich in diesem Jahr zwar zum ersten Mal an dieser Weltleitmesse des Bevölkerungsschutzes. Seit 1980, als die erste Messe „Interschutz – Der Rote Hahn“ in Hannover durchgeführt wurde, hat jedoch immer der Vorgänger des BBK, das Bundesamt für Zivilschutz, als gewichtiger Aussteller an der Messe teilgenommen.

Auf einer Fläche von fast 800 m² präsentiert das BBK in der Halle 26 das breit gefächerte Spektrum seiner Aufgaben als zentrales Organisationselement der zivilen Sicherheitsvorsorge in Deutschland. Um die enge Verbindung der Bundeskomponente im Rahmen des Bevölkerungsschutzes zu dokumentieren, liegen die Ausstellungsflächen des BBK und des THW in unmittelbarer Nachbarschaft, symbolisch verbunden durch eine Fußgängerbrücke.

Die sieben Zentren des Bundesamtes werden dem Messebesucher einen Einblick in jene Aufgabebereiche gewähren, die seit Bestehen des BBK zu

einer maßgeblichen Verbesserung der Sicherheitslage der Bundesrepublik beitragen. Jedes Zentrum wird einen eigenen Bereich des Messestandes einnehmen, um mit Bildern, Texten, Modellen und viel persönlichem Engagement die Besucher zu informieren.

werten. Für den seit einigen Jahren bei den Feuerwehren im Einsatz befindlichen ABC-Erkundungskraftwagen wird derzeit eine neue Messleitkomponente entwickelt, die anlässlich der INTERSCHUTZ einem größeren Interessentenkreis vorgeführt wird.



Information und Innovation

Vor allem das Zentrum Krisenmanagement/ Katastrophenhilfe wird mit seiner Darstellung des bundesweiten Informations-, Kommunikations- und Ressourcenmanagements in einem Schadensfall große Aufmerksamkeit beim interessierten Bürger hervorrufen. Das gemeinsame Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder (GMLZ) wird seine Aufgaben ebenso vorstellen wie deNIS, das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem. Die mit Zivilschutzforschung befassten Mitarbeiter des BBK präsentieren unter anderem die Ferndetektion. Mit diesem höchst innovativen System wird man in Zukunft in der Lage sein, chemische Gefahren auch über eine größere Distanz zu ermitteln und auszu-

Die Themen „Kritische Infrastrukturen“ und Katastrophenmedizin sowie die ergänzende Ausstattung des Katastrophenschutzes der Länder werden zu Diskussionen an den jeweiligen Informationsständen anregen.

In räumlicher Nähe zu den Schulungseinrichtungen des THW informiert die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des BBK über ihr Wirken.

Ein zentrales Thema der Messepräsentation des BBK wird die Zukunft des Ehrenamtes sein. Unter dem Motto „Ohne Ehrenamt ist kein Staat zu machen“ werden die Möglichkeiten einer ehrenamtlichen Betätigung im Bevölkerungsschutz aufgezeigt und um die Bereitschaft der Bürger zum ehrenamtlichen Engagement geworben.

Fahrzeuge für die Hilfsorganisationen

Bund übergibt Nordrhein-Westfalen Fahrzeuge für den erweiterten Katastrophenschutz

Fritz Rudolf Körper, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, hat am 1. März dieses Jahres in Bonn 33 Betreuungslastkraftwagen (BtLKW) übergeben. Bei diesen Fahrzeugen handelt es sich um eine erste Teillieferung von insgesamt 385 Betreuungslastkraftwagen und 120 Betreuungskombis, die der Bund bis 2006 den Bundesländern zur Ergänzung des Katastrophenschutzes zur Verfügung stellt. Wie alle Fahrzeuge, die der Bund zur Ergänzung des Katastrophenschutzes der Länder zur Verfügung stellt, wurden auch diese durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) entwickelt, erprobt und beschafft. Auf dem Gelände des Bestückungslagers des BBK in Bonn-Dransdorf wurden die Fahrzeuge übergeben. Für das Land Nordrhein-Westfalen hat Staatssekretär Hans Krings die Fahrzeuge entgegengenommen.

„Mit den Fahrzeugen für den erweiterten Katastrophenschutz stellt der Bund den Ländern eine wichtige Grundlage für die effektive Hilfeleistung im Katastrophenfall zur Verfügung“, so der Staatssekretär. „Dies ist in zweierlei Hinsicht wirksam: Der Bund unterstützt durch die Erfüllung seiner Verpflichtung das Engagement der Länder und stärkt die Leis-

tungsfähigkeit der Einsatzkräfte im Bereich des Katastrophenschutzes.“

Der BtLKW kann zusammen mit dem Feldkochherd auf Zweiradanhängern als funktionale Einheit zur Verpflegung von Einsatzkräften oder Hilfsbedürftigen eingesetzt werden. Das Fahrzeug ist mit



Fritz Rudolf Körper (2.v.r.) und Hans Krings (r.) bei der Schlüsselübergabe.

(Foto: Stein)

drei Personen besetzt. Einschließlich der fahrzeuggebundenen Ausstattung (z. B. Funkgerät, Gleitschutzketten etc.) sowie der Fachausrüstung (z. B. Küchenzelt etc.) kostet ein BtLKW rund 65.000 EUR. In Nordrhein-Westfalen werden die Fahrzeuge bei den Hilfsorganisationen DRK, JUH, ASB und MHD zum Einsatz kommen.

(BMI-Pressmeldung)

Arbeiter-Samariter-Bund

Die Arbeit des ASB-Büros in Sri Lanka

20 Jahre lang tobte im Norden Sri Lankas ein Bürgerkrieg, der Tausende das Leben kostete und mehr als eine Million Menschen zu Vertriebenen im eigenen Land machte. Seit 2002 gibt es zwar einen Waffenstillstand zwischen der Rebellenorganisation „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) und der Regierung, die Friedensverhandlungen sind jedoch schwierig. Trotzdem kehrten viele Menschen in ihre zerstörte Heimat zurück. Sie versuchten, sich



James Martin und weitere ASB-Mitarbeiter halten eine kurze Besprechung am Auto.

wieder eine Existenz zu schaffen. Der ASB hat seit 2002 ein Büro in Kilinochchi. Von dort aus wurden Hilfsmaßnahmen wie Erste-Hilfe-Ausbildung in Schulen sowie Hilfe nach vorangegangenen Fluten durch Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Hilfsgütern koordiniert. Dann kam im Dezember 2004 der Tsunami und vernichtete alles, was sich die

Menschen bis dahin aufgebaut hatten. Um nach der verheerenden Flutkatastrophe die Not der Menschen zu lindern, arbeiten dort jetzt etwa 20 einheimische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und drei internationale Helfer.

ASB-Hilfe nach der Flutwelle

Bereits einige Stunden nach der katastrophalen Flutwelle am 26. Dezember 2004 verteilte der ASB in der Region Kilinochchi Lebensmittel, Wasserkanister und -filter, Schlafmatten, Decken, Moskitonetze und Seife an die Menschen, die ihr gesamtes Hab und Gut in den Fluten verloren hatten. Außerdem wurden dem Krankenhaus der Stadt Kilinochchi medizinische Hilfsgüter zur Verfügung gestellt. In den darauf folgenden Tagen und Wochen wurden auch Kleidung, Kochutensilien, Mülltonnen, Besen, Desinfektionsmittel, Mundschutz, Schutzhandschuhe, Grundnahrungsmittel, Verbandsmaterial und Medikamente verteilt. Bereits in den ersten Tagen nach

der Flutwelle hat der ASB seine Projektaktivitäten vom Distrikt Kilinochchi auf den Distrikt Mullaitivu ausgeweitet. Alle Projekte wurden in enger Zusammenarbeit mit den von der Flut betroffenen Familien durchgeführt. Damit zumindest einige Familien etwas Geld verdienen können, hat der ASB Tagelöhner für die Aufbauarbeiten engagiert.

In vielen Schulen und Tempeln in Sri Lanka wurden direkt nach der Flutwelle so genannte „Tsunami Welfare Camps“ eingerichtet, in denen die Menschen zu-

nächst behelfsmäßig Unterkunft fanden. Da ab Mitte Januar 2005 die Schulen im Norden Sri Lankas ihren Betrieb wieder aufnahmen, wurden seit dem 8. Januar 2005 insgesamt 32 Transitcamps in den Distrikten Kilinochchi und Mullaitivu aufgebaut, in denen die obdachlosen Menschen für einen Zeitraum von sechs bis zwölf Monaten leben können.

Am 20. Januar 2005 begann der ASB nach den vorangegangenen Aushubarbeiten mit den Bauarbeiten für insgesamt 180 Latrinen und Waschegelegenheiten für ca. 450 Familien in vier Transitcamps in Vadaramachchi East. Dafür wurde eine Verpflegungsstation für die Arbeiter eingerichtet und 25 Männer



Mit einfachen Mitteln bauen lokale ASB-Mitarbeiter eine Schule in einem der Transitcamps.

aus den Camps als Tagelöhner eingestellt, um den Bau schnell zu vollenden. So wurden die von der Flut betroffenen Menschen in den Camps aktiv in die Nothilfe mit einbezogen und konnten gleichzeitig ein kleines Einkommen für ihre Familien erwirtschaften.

Am 26. Januar 2005 hat der ASB für die vier Camps, in denen er bereits für sanitäre Anlagen sorgte, die Aufstellung von insgesamt 230 Übergangshäusern übernommen. Eigentlich sollten hier Zelte aufgestellt werden, doch die Wetterverhältnisse durch den in diesem Jahr besonders starken Monsun

und die große Hitze machten die Errichtung von Häusern in Leichtbauweise aus Holz, Bambus und anderen Naturmaterialien auf einem gemauerten Fundament notwendig. Da der ASB gemeinsam mit seinem internationalen Partner Norwegian People's Aid (NPA) vor Ort über eine schnelle und effiziente Logistik ebenso wie über das notwendige Know-how verfügt, hat er die Bereitstellung der dringend benötigten Häuser übernommen. Der Bau der Häuser wurde ebenso wie der Bau der sanitären Anlagen mit einheimischen Fachkräften durchgeführt.

In Absprache mit anderen vor Ort tätigen Organisationen und in Kooperation mit seinen Partnern Norwegian People's Aid und dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) stellte der Arbeiter-Samariter-Bund für alle 32 einzurichtenden Transitcamps in den Distrikten Kilinochchi und Mullaitivu Generatoren und elektrisches Equipment bereit, um eine ausreichende Stromversorgung mit zu gewährleisten.

Warum hat der ASB keine freiwilligen Helfer nach Sri Lanka entsandt?

Die medizinische Versorgung der Flutopfer konnte weitgehend abgedeckt werden durch einheimische Ärzte und Pflegepersonal sowie durch bereits vor Ort tätige internationale Organisationen. Außerdem wurden bereits am Tag nach der Flut auf Initiative sowohl der Regierung Sri Lankas als auch der Vertreter der Rebellenorganisation einheimische Ärzte und Pfleger aus nicht betroffenen Gebieten in alle Flutgebiete geschickt, um die Opfer medizinisch zu versorgen. Durch diese schnelle und effektive Maßnahme konnte der Ausbruch von Seuchen verhindert sowie die medizinische Notversorgung der betroffenen Menschen gesichert werden. Sicher auch als Folge der schnellen Bereitstellung von medizinischer Versorgung baten die Regierung von Sri Lanka und Vertreter der LTTE in einem gemeinsamen Aufruf Anfang Januar 2005 darum, keine weiteren medizinischen Teams ins Land zu entsenden.

Wie geht der ASB mit der Partnerschaftsidee um?

- Angestrebt werden Projektpartnerschaften, d.h. die Übernahme von Partnerschaften für einzelne, vom ASB in Sri Lanka identifizierte Projekte
- Durchführung aller Maßnahmen durch ASB-Mitarbeiter in Sri Lanka
- Überwiegender Einsatz von einheimischen Arbeitskräften und Firmen, bei konkretem Bedarf befris-

teter Einsatz deutscher Experten (z.B. Bauingenieure, Wassertechniker)

- Interessierte ASB-Gliederungen übernehmen Patenschaften, z.B. für den Wiederaufbau von Häusern, Bereitstellung von Fischerbooten, Ausbildung von Frauen und Mädchen
- Projektpatenschaften auch mit Städten und Gemeinden in Deutschland

Weitere Maßnahmen

Sobald wie möglich wird der ASB auch mit Maßnahmen im Bereich des Wiederaufbaus beginnen, um die Menschen nach der Linderung der akuten Not beim Neuanfang zu unterstützen, z.B. beim Wiederaufbau von Häusern, Schulen, Krankenstationen, bei der wirtschaftliche Rehabilitation u.a. durch die Bereitstellung von Fischerbooten und -netzen.



Die neuen Häuser bieten Schutz vor Hitze und Regen.
(Fotos:ASB/Wallmeier, Ilg, Dixie)

Während der letzten zwanzig Jahre erlebten die Menschen im ehemaligen Bürgerkriegsgebiet im Norden und Osten des Landes öfter die Zerstörung ihrer Häuser und Felder sowie Zwangsumsiedelungen durch die Rebellen oder die Regierungsarmee. Daher ist es besonders wichtig, dass sie nun rasch eine eigene Unterkunft erhalten und sich dann mit dem Wiederaufbau ihrer Existenz befassen können.

Edith Wallmeier

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Tsunami: Die Hilfe geht weiter

Vier Monate nach der schweren Flutkatastrophe ist das Technische Hilfswerk (THW) in Südostasien immer noch im Einsatz. In Indonesien und Sri Lanka haben nach der akuten Nothilfe Projektteams die Arbeit aufgenommen, um im Auftrag des Bundesinnenministeriums nachhaltige Hilfe dorthin zu bringen, wo sie dringend benötigt wird. Die finanziellen Mittel zur Umsetzung dieser Projekte kommen unter anderem vom Auswärtigen Amt, und im Rahmen der Partnerschaftsinitiative der Bundesregierung von Städten, Gemeinden sowie größeren und kleineren Unternehmen, Institutionen und Privatpersonen.



Die Einsätze des THW, die unmittelbar nach der Flutwelle anliefen, waren eine Maßnahme des Bundes, um in den betroffenen Regionen schnellst möglich humanitäre Soforthilfe zu leisten. Und damit das Leid der Menschen in Not – beispielsweise durch den Betrieb von Trinkwasseraufbereitungsanlagen – kurzfristig zu lindern. Die jetzt angelaufenen Projekte hingegen sind auf Nachhaltigkeit ausgerichtet: Krankenhäuser werden wieder hergerichtet, Schulen renoviert, ganze Siedlungen wieder aufgebaut. So kehrt in den betroffenen Gebieten wieder ein Stück Normalität ein. Der Fokus der Wiederaufbauhilfe durch das THW liegt derzeit in der von der Flutkatastrophe am stärksten betroffenen Region Aceh auf Sumatra im Norden Indonesiens und in Sri Lanka. Doch auch auf den Malediven hat der Einsatz des THW nachhaltige Auswirkungen.

Im Auftrag der Europäischen Union leistete das THW im Rahmen des EU-Mechanismus seit dem 1. Januar auf den Malediven humanitäre Soforthilfe. Auf den Fischerinseln Buruni, Kolhuuvaariyaafushi, Madifushi und Thimarafushi stellte das THW die Trinkwasserversorgung für rund 5000 Menschen sicher. Da die Wasserversorgung auf den Atollen

bereits vor der Tsunami-Katastrophe nicht ausreichend war – besonders während der Dürreperioden kam es häufig zu Engpässen – strebte das THW schnell nach einer längerfristigen Lösung.

Um die Nachhaltigkeit der Hilfe zu gewährleisten, überließ das THW den lokalen Behörden nach Beendigung des Einsatzes zwei Meerwasserentsalzungsanlagen und vier Stromaggregate. THW-Spezialisten bildeten örtliche Kräfte im Umgang mit den technischen Anlagen aus. Mittlerweile haben Einheimische die Wartung und Pflege der Anlagen zur Trinkwasseraufbereitung auf den Malediven übernommen, mit denen in Zukunft auch in der Trockenzeit die Trinkwasserversorgung der Menschen auf den Fischerinseln sichergestellt werden kann.

Der Einsatz des THW auf den Malediven fand im Rahmen des so genannten EU-Mechanismus statt. Der EU-Mechanismus ist als integriertes europäisches Hilfeleistungssystem konzipiert, das im Katastrophenfall sowohl innerhalb als auch außerhalb der Grenzen der Gemeinschaft schnell und unbürokratisch Unterstützung bieten kann. Der EU-Mechanismus wurde durch Ratsbeschluss 2001 in Brüssel initiiert. Bei der Europäischen Kommission in Brüssel wurde ein Monitoring and Information Center (MIC), ein Beobachtungs- und Informationszentrum, eingerichtet, das die beteiligten Staaten bei Notfällen miteinander vernetzt. Dort sind in einer Datenbank Experten- und Ausrüstungslisten gespeichert, so dass im Falle einer Katastrophe sofort die entsprechenden Experten und Ausstattung aus ganz Europa angefordert werden können.

Im Süden und Südwesten Sri Lankas realisiert ein Projektteam des THW Wiederaufbauprojekte. In Absprache mit den lokalen Behörden und Vertretern der Regierung wurden bereits Anfang März Wiederaufbaumaßnahmen in der Nachbarschaft von Matara und in Ambalangoda beschlossen: So beispielsweise im Fischerdorf Tallale in der Gemeinde Pradeshiya Shaba bei Matara, das durch die Flutwelle vom 26. Dezember besonders stark zerstört wurde. Fast alle der kleinen Fischerhütten in Küstennähe waren weggespült worden. Jetzt werden die Gebäude unter der Federführung des THW wieder aufgebaut. Darüber hinaus betreut das THW-Projektteam den Neubau einer Siedlung in Ambalangoda. Dort entstehen mehrere Wohnhäuser, die den Familien, die durch die Flutkatastrophe ihr Hab und Gut verloren haben, wieder ein Zuhause geben sollen.

Seit Anfang Januar leistete das THW humanitäre Soforthilfe auf Sumatra im Norden Indonesiens. Am 28. März bebte dort erneut die Erde. Dabei wurde die Wasserversorgung auf den Sumatra



THW-Mitarbeiter an einer Anlage zur Umkehrosmose.

vorgelagerten Inseln Nias und Simuelue zerstört. Das THW verlegte Anlagen zur Trinkwasseraufbereitung von Banda Aceh auf die betroffenen Inseln,



Die Meerwasserentsalzungsanlagen werden mittlerweile von einheimischen Kräften betrieben und gewartet.

um in den Städten Sinabang, Gunung und Sitoli die Bevölkerung mit Trinkwasser zu versorgen.

Auch in Banda Aceh ist die Wiederaufbauhilfe längst angelaufen. Ein vierköpfiges Projektteam des THW betreut unter anderem die bereits im Januar begonnene Instandsetzung des „General Hospital“.



Vor dem Wiederaufbau sind umfangreiche Aufräumarbeiten erforderlich.
(Fotos: THW)

Das „General Hospital“ ist mit einer Kapazität von 400 Betten das größte öffentliche Krankenhaus im Umkreis mehrerer hundert Kilometer und stellte vor der Katastrophe die medizinische Versorgung von rund einer Million Menschen sicher. Eine angeschlossene Rehaklinik mit physiotherapeutischen Einrichtungen sowie eine Transplantationsklinik machten das „General Hospital“ zum modernsten Krankenhaus im Norden Sumatras.

Drei weitere Projekte, die das THW im Auftrag der Partnerschaftsinitiative der Bundesregierung realisiert, laufen in den nächsten Tagen an. In Banda Aceh werden in den nächsten Monaten die Räumlichkeiten zweier Schulen und eines Kindergartens von Grund auf saniert. Darüber hinaus werden derzeit mit der indonesischen Regierung die Möglichkeiten für die Realisierung eines Siedlungsprojekts geprüft, das mit Mitteln einer Spendeninitiative des Saarlands finanziert werden soll.

Das bereits vor dem Tsunami marode Trinkwassernetz und das örtliche Wasserwerk – vor allem aber die Brunnen, über die der Großteil der Bevöl-

kerung mit Wasser versorgt wird – wurden durch die Wassermassen derart in Mitleidenschaft gezogen, dass die akute Nothilfe des THW zwar half, Engpässe zu überwinden. Eine dauerhafte Lösung konnte aber nicht herbei geführt werden. Jetzt soll ein THW-Projekt Abhilfe schaffen und die Wasserversorgung nachhaltig verbessern.

Die THW-Projekte in Südostasien werden nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ realisiert. Diese Methode hat sich in der Projektarbeit des THW bewährt und basiert auf jahrelanger Erfahrung. Im Mittelpunkt steht die Einbindung örtlicher Hilfskräfte. Die Handwerker – zumeist Menschen, die in Folge der Katastrophe ihre Arbeit verloren haben – erhalten einen Arbeitsvertrag und werden von den THW-Mitarbeitern eingewiesen. Bei Bedarf übernimmt das THW auch einen Teil der Ausbildung, zum Beispiel im Umgang mit technischem Gerät. Die für die Realisierung der Bauvorhaben benötigten Materialien werden, so weit dies möglich ist, auf dem lokalen Markt beschafft, technisches Gerät bei ortsansässigen Unternehmen angemietet. Nur bei Engpässen und im Falle mangelnder Alternativen werden Geräte und Materialien über Expeditionen ins Land gebracht.

So hat die „Hilfe zur Selbsthilfe“ gleich mehrfachen Nutzen: Zum einen werden die örtlichen Arbeitsmärkte angekurbelt und die lokalen Mitarbeiter weiter qualifiziert. Zum anderen kommen die vom Ausland bereitgestellten Mittel der örtlichen Wirtschaft zu Gute, indem Baustoffe und Materialien im Inland beschafft werden.

Kühler Sommer 2004 lässt Ertrinkungszahlen sinken

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland 470 Menschen ertrunken. Gegenüber dem Jahr 2003 mit einem Jahrhundertssommer sank die Zahl der Todesfälle durch Ertrinken absolut um 174. Als Ursache für den Rückgang nannte DLRG-Präsident Dr. Klaus Wilkens den kühlen verregneten Sommer. In den



Monaten Juni bis August 2004 ertranken 125 Menschen weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. „So erfreulich das

Ergebnis zunächst scheint, gibt es für uns keinen Anlass zur Entwarnung. Das Wetter hat einfach nicht zum Baden eingeladen,“ so die Analyse von Dr. Wilkens.

Die Binnengewässer waren auch im vergangenen Jahr wieder Unfallschwerpunkt Nummer eins. In Flüssen ertranken 193 und in Seen 147 Personen. 72 Prozent aller tödlichen Unfälle ereigneten sich an den zumeist unbewachten Gewässern. Allein im Rhein verloren 39, im Main 14 Menschen ihr Leben. Die Donau mit neun, die Weser mit acht und die Elbe mit sieben Opfern folgen auf den nächsten Plätzen. Unter den Seen rangiert der Bodensee mit sieben Todesfällen an erster Stelle.

Um das hohe Risiko in Binnengewässern zu ertrinken zukünftig zu verringern, forderte der DLRG-Präsident lokale und regionale Risikoanalysen. Entsprechend dem jeweiligen Gefährdungspotenzial müssten anschließend Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet werden. „Die Einrichtung von Wasserrettungsstationen und die Aufsicht durch Rettungsschwimmer an beliebten Stellen dürfen kein Tabu sein. Badeverbotsschilder sind wirkungslos,“ nennt Dr. Wilkens Konzepte, um die tödlichen Wasserunfälle gemeinsam mit Kommunen und Landkreisen zu senken.

Sichere Küsten

An Deutschlands Küsten ertranken hingegen nur 26 Badegäste und Wassersportler, 19 in der Ostsee und sieben in der Nordsee, und zwar außerhalb der bewachten Gebiete bzw. zu Zeiten, in denen die Rettungswachen nicht besetzt sind. Dieses Ergebnis bewegt sich exakt auf dem Niveau des Jahres 2003. „Aufgrund der Bewachung durch Rettungsschwimmer der DLRG im zentralen Wasserrettungsdienst zählen die Küsten wieder zu den sichersten Regionen. Das Risiko zu ertrinken ist dort erheblich geringer,“



Die Einrichtung von Wasserrettungsstationen und die Aufsicht durch Rettungsschwimmer an beliebten Stellen an Binnengewässern dürfen nach Ansicht der DLRG kein Tabu sein.

wirbt der DLRG-Präsident für die Präsenz von Rettungsschwimmern. In Kanälen und Hafenbecken ertranken 30 und in Schwimmbädern 17 Menschen.

Aufklärungsarbeit zahlt sich aus

Die DLRG-Statistik bestätigt auch für das Jahr 2004 einen Trend: Immer mehr ältere Men-

schen ertrinken. 46% der Opfer sind älter als 50 Jahre. 2003 lag der Anteil noch bei 41%. 113 Männer und Frauen waren zwischen 61 und 75 Jahre alt als sie ertranken und selbst bei den 81 bis 85-Jährigen verzeichnete die DLRG 18 Todesfälle. Als eine Ursache nennt die Organisation die geringe Schwimmfä-



Aufgrund der Bewachung durch Rettungsschwimmer der DLRG im zentralen Wasserrettungsdienst zählen die Küsten zu den sichersten Regionen.
(Fotos: DLRG)

higkeit der älteren Menschen. Lediglich 44% der über 60-Jährigen können laut einer repräsentativen Umfrage, dem DLRG-Barometer, schwimmen.

Demgegenüber gehen die Ertrinkungsfälle bei den Kindern bis fünf Jahren erfreulicherweise weiter zurück. 2004 starben 25 Mädchen und Jungen im Vorschulalter, neun weniger als im Jahr zuvor. „Unsere Aufklärungskampagnen für kleine Kinder, wie das DLRG-NIVEA-Kindergartenprojekt und die NIVEA-Kinderländer zeigen jetzt positive Ergebnisse,“ so Dr. Wilkens.

In der Verteilung nach Bundesländern nimmt Bayern wieder die Spitzenposition ein. Dort ertran-

ken 86 Menschen, in Nordrhein-Westfalen waren es 84. Auf Rang drei rangiert Niedersachsen mit 56 Todesfällen, gefolgt von Baden-Württemberg mit 48 und Mecklenburg-Vorpommern mit 34. Im Saarland ertranken lediglich zwei Personen. Es ist wie in den Jahren zuvor das sicherste Bundesland. In Bremen und Thüringen starben jeweils fünf Menschen.

In den neuen Bundesländern kamen 107 Personen im Wasser ums Leben. Im Ost-West-Vergleich erhöhte sich damit der Anteil Ostdeutschlands geringfügig auf 22,8%.

Deutscher Feuerwehrverband

Selbsthilfe ist Schwerpunkt beim nächsten Brandschutzforum

Eine bundesweite Plattform für den Gedankenaustausch und die Weiterbildung in der Brandschutzaufklärung und Sicherheitserziehung bildet das nächste Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung am 11. und 12. November 2005. Die Tagung wird bei der Feuerwehr Frankfurt am Main im Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum (BKRZ) ausgerichtet. Veranstalter sind der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) und die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb).

Die Brandschutzaufklärung lebt von vielen guten Ideen, die vor Ort entwickelt werden. Das Symposium stellt ein Forum dieser Ideen dar, die dort vorgetragen und entwickelt sowie von den Teilnehmern zu Hause umgesetzt werden können. Dazu werden Workshops und moderierte Arbeitsgruppen angeboten. Schwerpunkt-



themen des diesjährigen Forums sind die Selbsthilfe und die Brandschutzaufklärung bei Senioren.

Bei Anmeldung bis zum 30. August beträgt der Teilnehmerbeitrag 98 Euro, danach 118 Euro. Es stehen kostengünstige Übernachtungsangebote aus einem vorreservierten Hotelzimmerkontingent (Einzelzimmer 61 Euro einschließlich Frühstück, Doppelzimmer fünf Euro Aufpreis) zur Verfügung.

Aktuelle Informationen zum Forum sowie das aktualisierte Programm (mit Hinweisen zu den Arbeitsgruppen) werden im Internet unter www.brandschutzaufklaerung.de veröffentlicht. Dort finden Interessenten auch die Anmeldeunterlagen zur Teilnahme.

Tagung des Präsidialrates

Die Beschaffungen im erweiterten Katastrophenschutz und die Nachbereitung des Seebebens in Südasiens waren zwei der fachlichen Themen, über die der Präsidialrat des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) beraten hat. In einem Gastvortrag stellte der neue Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Christoph Unger, seine Einrichtung vor und stand für aktuelle Erörterungen zur Verfügung. Der Präsidialrat, dem die Präsidenten und Vorsitzenden der DFV-Mitgliedsverbände, das DFV-Präsidium und Mitglieder der Bundesjugendleitung angehören, tagte in Berlin.

Im Mittelpunkt der Nachbereitung der Tsunami-Katastrophe standen die Anforderungswege zwischen Bund und Ländern. „Die Funktion der Brückenköpfe ist nicht ausreichend definiert, die Länder wiederum haben keinen sicheren Zugriff auf die Feuerwehren. Hier gibt es Klärungsbedarf“, sagte Vizepräsident Hartmut Ziebs. Der DFV sieht aufmerksam der nächsten Sitzung des Ausschusses Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung der Innenministerkonferenz entgegen, wo das Thema ebenfalls auf der Tagesordnung steht.

Verabschiedet wurde eine Fachempfehlung zum Schutz von Einsatzkräften vor Hepatitis. Die Empfehlung sieht vor, dass Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehren nach einer entsprechenden Gefährdungsanalyse aufgrund eines plausiblen oder nachgewiesenen erhöhten Infektionsrisikos die Möglichkeit der freiwilligen, kostenlosen Hepatitis-Schutzimp-

fung geboten wird. Das Papier hatte der Fachausschuss Gesundheitswesen/Rettungsdienst erarbeitet. Es wird im Internet unter www.dfv.org/fachthemen veröffentlicht.

Das Präsidium informierte über eine Sonderregelung für Wohnmobile in der neuesten EU-Führerscheinrichtlinie, die nach Auffassung des DFV auch für den Brand- und Katastrophenschutz übernommen werden sollte. Dann dürften neue Führerscheinbesitzer mit der Klasse B Fahrzeuge bis 4,25 Tonnen fahren. Voraussetzung ist ein zertifiziertes Fahrertraining. DFV-Vizepräsident Albrecht Broemme: „Dies ist eine Regelung mit Augenmaß und könnte vor allem im Rettungsdienst unsere Arbeit erleichtern.“ Der DFV hat einen entsprechenden Antrag eingebracht. Bisher ist die Klasse B auf 3,5 Tonnen beschränkt, nur für ältere Führerscheinbesitzer gilt weiterhin der Bestandsschutz bis 7,5 Tonnen.

Interschutz: Pavillon der Feuerwehrverbände unter dem Expo-Dach

Neue Konzepte, neue Produkte, Fachtagungen und Spitzentreffen – die Interschutz 2005 ist ein Muss für die Feuerwehren, aber auch für alle anderen Organisationen aus der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) ist erstmals ideeller Träger dieser Weltleitmesse für Rettung, Brand- und Katastrophenschutz in Hannover. Er präsentiert sich im Pavillon 34 unter dem Expo-Dach und auf der angrenzenden Freifläche auf rund 1500 Quadratmetern.

Auf einer Aktionsbühne, mit Themeninseln und in einem Aktionsbereich will der Spitzenverband der Feuerwehren gemeinsam mit seiner Jugendorganisation, der Deutschen Jugendfeuerwehr (DJF), sowie mit seinen Mitgliedsverbänden, dem Deutschen Feuerwehr-Museum und dem Weltfeuerwehrverband CTIF attraktiv über Verbandsarbeit und internationale Zusammenarbeit informieren. Das Versandhaus des DFV und T-Mobile, Anbieter eines Feuerwehr-Rahmenvertrages für den Mobilfunk, sind ebenfalls im Pavillon 34 präsent.

Im Rahmen der Messe verantwortet der DFV den Thementag Zivil- und Katastrophenschutz am

Donnerstag, dem 9. Juni. „Grenzüberschreitender Zivil- und Katastrophenschutz – Ein Blick über den Tellerrand“, „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland – Wie sind wir vorbereitet?“, „Rettungsdienst und Katastrophenmedizin – Können wir jedem helfen?“ und „Zivile Katastrophenvorsorge – Intelligente inhaltliche und technische Konzepte“ sind die Kongressthemen dieses Tages. Der DFV konnte namhafte Referenten wie den Abteilungsleiter Innere Sicherheit im Bundesinnenministerium, Joachim Steig, die Präsidenten von BBK und THW, Christoph Unger und Dr. Georg Thiel, den ehemaligen CTIF-Präsidenten Francois Maurer, den Katastrophenforscher Dr. Wolf Dombrowsky und andere für diesen Tag gewinnen.

Einen großen Stellenwert auf der Interschutz wird die Brandschutzaufklärung haben. Hier informieren DFV-Experten über die aktuellsten Entwicklungen gemeinsam mit der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) auf dem vfdb-Stand. Auch der Landesfeuerwehrverband Niedersachsen als Verband des Gastgeberlandes legt an seinem Stand den Schwerpunkt auf diese wichtige Arbeit.

Mit mehr als 1000 Ausstellern ist die Interschutz 2005 inzwischen ausgebucht. Ein besonders günstiges Angebot macht die Deutsche Messe AG zum letzten Messetag, dem Tag der Freiwilligen Feuerwehr: Vier Personen zahlen zusammen nur 20 Euro Eintritt. Die Familienkarte gilt ausschließlich am Sonnabend, dem 11. Juni 2005. Das Ticket wird an der Tageskasse erhältlich sein. Vor allem am letzten Messetag sind zahlreiche Zusatzangebote, Vorfürhungen und Mitmachaktionen konkret in Planung. Den Fachbesuchern der Interschutz und auch deren Familien bietet dieser Tag somit zusätzlich zu vielen Fachinformationen der Industrie, Behörden und Verbände auch ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm.

Alle regulären Eintrittskarten können noch bis zum 1. Juni exklusiv beim Versandhaus des DFV in Bonn bequem im Internet bestellt werden: Die Tageskarte für 13 Euro und die Dauerkarte für 27 Euro gibt es unter www.feuerwehrversand.info. Die Interschutz 2005 findet vom 6. bis 11. Juni 2005 in Hannover statt, täglich von 9 bis 18 Uhr. Weitere Informationen unter: www.interschutz.de. *sö*

Deutsches Rotes Kreuz

Internationale Geberkonferenz für den Sudan

DRK begrüßt internationale Unterstützung für den Sudan

„Internationale Hilfe ist dringend notwendig, um die katastrophale humanitäre Situation im Sudan zu verbessern“, sagt DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters. Anlässlich der Geberkonferenz für den Sudan in Oslo schließt sich das Deutsche Rote Kreuz (DRK) der Forderung der Bundesregierung an, die Gelder für humanitäre Maßnahmen nicht der sudanesischen Regierung, sondern internationalen Hilfsorganisationen zur Verfügung zu stellen.

„Die Geberkonferenz in Oslo ist ein wichtiger Beitrag für den Ausbau der humanitären Hilfe im



Seit Sommer letzten Jahres ist das DRK mit zwei Gesundheitsstationen in der Krisenregion Darfur im Einsatz.

Sudan“, sagt Dr. Seiters. „Das Rote Kreuz begrüßt insbesondere die Zusage der Bundesregierung, 30 Millionen Euro für die Hilfseinsätze im Sudan bereit zu stellen.“

Das Rote Kreuz appelliert an die Konfliktparteien, die Gewalt im Darfur zu beenden. Seit Beginn des Konflikts Anfang 2004 setzt sich das Rote Kreuz für die Opfer der gewaltsamen Auseinandersetzungen ein. Neben Flügen mit lebenswichtigen Hilfsgütern hat das DRK seine Hilfsleistungen auf die medizinische Versorgung der Menschen konzentriert: Seit Sommer letzten Jahres ist das DRK mit zwei Gesundheitsstationen in der Krisenregion Darfur im Einsatz. Zusammen mit Helfern des Sudanesischen Roten Halbmonds hat das DRK-Team Zehntausende von Flüchtlingen und Vertriebenen im Norden Darfurs medizinisch betreut.



Der Bau neuer Brunnen gehört zur Grundsicherung. (Fotos. DRK)

Auch außerhalb der Krisenregion Darfur ist das DRK mit verschiedenen Projekten zu medizinischer Versorgung, Trinkwasser- und Nahrungsmittelsicherung im Einsatz. So verteilt das DRK zusammen mit dem Sudanesischen Roten Halbmond in der zentralsudanesischen Region Kordofan dürreresistentes Saatgut und baut Brunnen. Zur Sicherung der medizinischen Grundversorgung in der Region Bahral Gazal, im Süden des Landes, rehabilitiert das DRK acht Gesundheitseinrichtungen.

Johanniter-Unfall-Hilfe

Der Lehrer geht, der Johanniter kommt

Auf dem Stundenplan steht die Ausbildung zum Sanitäter, Betriebshelfer, Pflegediensthelfer und Rettungsschwimmer. Diese Fächer gehören inzwischen regulär zum Nachmittagsprogramm an Niedersachsens Ganztagschulen. Das Kultusministerium des Landes hat zur Förderung dieser Schulen Ende vergangenen Jahres mit Johannitern, Maltesern, ASB und DLRG ein Kooperationsabkommen geschlossen.



Es ist bislang einmalig in der Bundesrepublik, dass vier Hilfsorganisationen in diesem Rahmen gemeinsam ein schulisches Angebot mit Noten und Zertifizierung ausgearbeitet haben. Die Idee zur Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen hatte Niedersachsens Kultusminister Bernd Busemann auf der Podiumsdiskussion zum Thema Schulsanitätsdienst während des Notfallsymposiums 2003 in Hannover.

Einer, der das Konzept heute umsetzt, ist der 21-jährige Sebastian Brandt aus Holzminden. Er hat schon als Schüler im Landschulheim am Solling eine Ausbildung zum Schulsanitäter gemacht und ist seither sozial aktiv. Derzeit absolviert er ein Freiwilliges Soziales Jahr bei den Johannitern. Zu seinen Aufgaben gehört der Nachmittagsunterricht in erster Hilfe in der Gesamtschule Bodenwerder, einmal in der Woche, zwei Mal 45 Minuten.

Für den Kurs des FSJlers haben sich 19 Haupt- und Realschüler der achten bis zehnten Klassen eingeschrieben. Noch im Angebot standen auch Kurse von anderen Vereinen der Region, wie Gospel und Angeln. Die meisten von Brandts Erste-Hilfe-Schülern wählten ihren Kurs aus ganz praktischen Gründen. „Sie brauchen ein Zertifikat für den Führerschein“, erklärt Sebastian Brandt. Er freut sich, dass er mit seinen Schülern recht gut klar kommt, obwohl es in Fragen Disziplin nicht immer leicht für ihn ist. „Doch mir hilft, dass ich selbst jung bin,

mich von der JUH zum Ausbilder habe schulen lassen und dass ich natürlich viele praktische Elemente in den Unterricht einbeziehen kann.“

Ganz nützlich für die Schüler ist es, dass sie sich weiter zum Schulsanitäter ausbilden lassen können oder letztlich die Betriebshelferausbildung in der Tasche haben, wenn sie zwei Jahre durchhalten. Niedersachsens JUH-Landesausbildungsleiter Hartmut Schon weiß: „So ein Zertifikat kann bei der Ausbildungsplatzsuche Gold wert sein.“

315 Ganztagschulen gibt es in Niedersachsen, also rund zehn Prozent aller allgemeinbildenden Schulen. Sie haben die Auflage, nachmittags neben Hausaufgabenbetreuung und Förderkursen ein attraktives Programm mit außerschulischen Partnern eigenverantwortlich zusammenstellen. In 13 Prozent der Schulen funktioniert bereits die Kooperation



In Niedersachsens Ganztagschulen bildet die JUH Schüler aus.

(Foto: JUH)

mit Verbänden und Vereinen, mit denen Verträge unterzeichnet wurden, sei es mit dem Landessportbund und dem Landesverband für Musikschulen oder eben mit Hilfsorganisationen wie JUH, MHD, ASB, DLRG, sowie mit dem DRK, das letztlich noch einen gesonderten Vertrag mit dem Kultusministerium abgeschlossen hat. Kultusminister Bernd Busemann ist bei all diesen Verträgen wichtig: „Wir brauchen starke Partner, die das Nachmittagsprogramm

anspruchsvoll gestalten. Indirekt stärken wir so auch die Vereins- und Jugendarbeit, indem wir vielleicht sogar mithelfen, die da und dort bestehenden Nachwuchssorgen eines örtlichen Vereins zu mildern.“

Unterdessen unterrichten die Johanniter auf Basis des Abkommens vom 2. November an elf Schulen. „Wir könnten gut und gerne auch an 40 Schulen in die Nachmittagsbetreuung einsteigen“, erklärt Landesausbildungsleiter Schon. „Wir müssten aber sechs Ausbilder einstellen. Das ist an und für sich gut. Aber dafür brauchen wir Planungssicherheit.“ Denn die Kurse sind jeweils für zunächst ein halbes Jahr programmiert. Sie können fortgesetzt werden, das hängt aber davon ab, wie viele Schüler sich dafür entscheiden.

Zur Zeit arbeiten mit FSJler Sebastian Brandt acht engagierte ehrenamtliche Johanniter an den

Schulen. Die JUH könnte sicher auch mehr Helfer für die Ausbildung an ihnen gewinnen. Das Problem: der Unterricht findet nachmittags statt, eine für Freiwillige oft ungünstige Zeit.

Ob ehrenamtlich oder hauptamtlich, die Kurse werden auch honoriert. Für eine Unterrichtseinheit von zwei mal 45 Minuten für 20 Schüler können 62,50 Euro veranschlagt werden. Dieses Geld würde von einigen Schulen gern für bisweilen teure Angebote in der Nachmittagsgestaltung genutzt, sagt Landesausbildungsleiter Schon. Um

zu sparen träten die Schulen gern an die Johanniter mit der Frage heran, ob ihr Kurs nicht vielleicht auch für zehn Euro zu haben wäre. „Leider haftet uns das Image des Umsonst an“, sagt Schon. Er hofft aber, dass die Qualität der Kurse Lehrer und Schüler überzeugt, so dass sogar noch Ausbilder eingestellt und Arbeitsplätze geschaffen werden können.

rv

Malteser Hilfsdienst

Mit dem Weltjugendtagskreuz auf dem Weg

Johannes Saurbier ist noch heute ergriffen, wenn er von seiner langen Reise mit dem Weltjugendtagskreuz quer über den Balkan berichtet:



Malteser

„Der Empfang war großartig, wo wir auch hinkamen. Vor allem waren immer viele Jugendliche da.“ Im März 2004 hat Saurbier, der seit 1956 ehrenamtlich für die Malteser in Düsseldorf tätig ist, das Kreuz zusammen mit anderen Freiwilligen im vom Krieg gezeichneten Sarajewo übernommen. „Wir haben in Kirchen gebetet, die dem Erdboden gleich gemacht worden waren, da haben wir das Kreuz in die Krypta gestellt.“ Johannes Saurbiers Auftrag lautete, das Kreuz, das Papst Johannes Paul II. zusammen mit einer Marienikone bereits 1984 auf seinen Weg um den Globus geschickt hatte, als ersten Vorbote des Weltjugendtages im August 2005 nach Deutschland zu bringen. Es war für ihn einer der bewegendsten Einsätze in 50 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit für den Malteser Hilfsdienst: „Dass weltweit daran gebetet wird, also wirklich weltweit, das ist es, was mich so unglaublich fasziniert.“

Anfang April 2004 brachten Johannes Saurbier und andere Malteser Freiwillige das Weltjugendtagskreuz und die Marienikone nach Berlin. Vom Brandenburger Tor aus führte der „Pilgerweg der Versöhnung“ des Kreuzes durch alle deutschen Diözesen. Transportiert wurde es dabei von Freiwilligen des Malteser Hilfsdienstes. Mehr als 60.000 Kilometer haben die 80 Fahrer auf ihrem Weg zurückgelegt, um überall im Land ein Zeichen für die spirituelle Vorbereitung des Weltjugendtages zu setzen. Im August wird dieses Kreuz in Köln für rund eine Million Gläubige eine zentrale Rolle spielen, denn es symbolisiert ganz zentral das Vermächtnis des verstorbenen Papstes. Der Einsatzleiter des Malteser Hilfsdienstes beim Weltjugendtag, Wilhelm Bischoff, betont: „Johannes Paul II. selbst hat beim

ersten Weltjugendtag in Rom dieses Kreuz der Jugend der Welt anvertraut. Das ist genau seine Absicht gewesen: dass sich die Jugend der Welt unter dem Zeichen des Kreuzes findet.“

Am 19. März dieses Jahres erreichte das Weltjugendtagskreuz schließlich Köln, und zwar per Schiff. Tags darauf wurde es das Zentrum der dortigen Palmsonntagsprozession. Der Ablauf des Tages war minutiös von den Maltesern geplant worden, doch wie so oft ergab sich noch eine spontane Station für das Kreuz: „Als die Zeremonie im Dom zu Ende war, hatten wir noch knapp drei Stunden Zeit, denn das Kreuz sollte erst um 17 Uhr in St. Aposteln sein,“ erinnert sich Marc Kubella, Stadtjugendreferent der Kölner Malteser, „da sind wir einfach spontan zum Rheinenergie-Stadion gefahren.“ Dort



Dr. Franz-Josef Leven aus Kaarst nahm sich zwei Wochen Urlaub, um das Weltjugendtagskreuz durch die Diözese Fulda zu fahren.

lief gerade vor ausverkauftem Haus das Zweitliga-Fußballspiel zwischen dem 1. FC Köln und Rot-Weiß Essen. „Wir haben uns telefonisch angekündigt und wurden in der Halbzeitpause mit dem Kreuz auf den Rasen gelassen, den sonst während

einer Spielpause niemand betreten darf.“ Die Kulisse von 47.000 Zuschauern war überwältigend, doch schöner noch war die positive Resonanz: „Der Stadionsprecher hat uns sehr freundlich angekündigt, er war bestens informiert. Die Zuschauer haben applaudiert und gejubelt – das war ein unglaubliches Erlebnis vor so einer großen Kulisse.“

Doch es sind nicht nur die großen Veranstaltungen, zu denen das Kreuz transportiert wird. Das konnte Helmut Simeth in Köln-Dellbrück erfahren. Im Februar ist seine Frau nach langer Krankheit gestorben, und die Malteser Jugend brachte ihm das

auf den Müllbergen von Manila, in denen Menschen nach Essensresten zum Überleben suchen. Das nächste Etappenziel ist nun der Weltjugendtag. Eine Fußwallfahrt durch Sachsen, Thüringen, Hessen und Nordrhein-Westfalen wird pünktlich zum Weltjugendtag Köln erreichen. Ab dem 8. Juli wird das Kreuz von Dresden aus dorthin getragen. Bis dahin wird es noch Tausende in seinen Bann ziehen, davon ist Einsatzleiter Wilhelm Bischoff überzeugt: „Von diesem Kreuz geht ein Impuls aus. Das sagen alle unsere Fahrer, das spüren die Menschen.“ Hans Gerhards, der das Kreuz Tausende von Kilometern durch Deutschland chauffiert hat, bestätigt: „Ich sehe mich nicht als Spediteur des Kreuzes. Da ist mehr. Es ist schön zu sehen, wie das Kreuz Menschen verbindet.“

Ob planmäßig oder spontan: Die Verehrung für das Kreuz, das Johannes Paul II. der Jugend der Welt gab, wird dem Weltjugendtag eine besondere spirituelle Tragweite verleihen. Und es wird die Versöhnung fördern, die weltweit so dringend benötigt wird. Die Voraussetzungen dafür haben hunderte von Freiwilligen geschaffen, die aus den Reihen des Malteser Hilfsdienstes kamen und kommen.

Sebastian Sigler



Malteser Jugendliche mit Weltjugendtagskreuz und Ikone unterwegs.

Weltjugendtagskreuz in seinen Garten und stellte es als Zeichen der Verbundenheit mit allen Kranken, Leidenden und Trauernden auf. 120 Nachbarn und Freunde, darunter auch viele Behinderte, erschienen und nahmen an einer Andacht teil, die der Kölner Stadtjugendseelsorger Karl-Josef Schurf und der örtliche Pfarrer Peter Wycislok hielten. „Ich habe mit einem solch überwältigenden Besuch wirklich nicht gerechnet“, sagte der tief bewegte Helmut Simeth, „ich bin dankbar, dass die Malteser Jugend so mutig war, eine solche Veranstaltung mit soviel Fingerspitzengefühl zu übernehmen. Das war ganz im Sinne meiner Frau.“

Auf der New Yorker Fifth Avenue hat das 3,80 Meter hohe, 1,75 Meter breite und 31 Kilo schwere Weltjugendtagskreuz seit 1984 ebenso gestanden wie

Sanitätsdienst für die Papst-Pilger

„Überall spürt man, dass dieser Papst Geschichte auch in die Herzen der Menschen geschrieben hat“, berichtet der deutsche Malteser Arzt Dr. Gerhard Markus am Morgen des 6. April in einem Live-Interview des Westdeutschen Rundfunks aus Rom. Hunderttausende Pilger stehen zu dieser Zeit in Schlangen, die sich kilometerweit vom Petersplatz durch die Via della Conciliazione und umgebende Straßen bis hinunter zum Tiber ziehen. Sie wollen den Heiligen Vater noch einmal sehen. Zwölf Stunden und mehr dauert es, bis sie sich in kleinen Schritten bis zum Leichnam Papst Johannes Pauls II., der im Petersdom aufgebahrt ist, vorgearbeitet haben.

Hundert Papst-Pilger haben die deutschen Malteser da schon versorgt. Herz- und Kreislaufprobleme, Unterzuckerung und Übermüdung sind die häufigsten Beschwerden. Dazu kommen kleine Schnittwunden. „Viele Pilger sind zusammengebro-

chen, als sie nach Stunden des Wartens erfuhren, dass der Petersdom über Nacht geschlossen wird und sie den Papst nicht mehr sehen können“, sagt Dr. Rainer Löb, Bundesarzt des Malteser Hilfsdienstes. Neben dieser Enttäuschung haben aber auch die nachts bis auf drei Grad gefallene Temperatur und starker Wind den weitgereisten Gläubigen zugesetzt. Mit drei Sanitätsteams ist der erfahrene Notarzt in Rom, um die italienischen Malteser bei der Versorgung der Pilger zu unterstützen. Denn seit mehr als dreißig Jahren ist der Malteserorden im Auftrag des Vatikans für den Sanitätsdienst auf dem Petersplatz verantwortlich, wozu auch kirchliche Großereignisse gehören wie etwa das Heilige Jahr 2000 oder die Seligsprechung von Mutter Teresa 2003.

Auch in der Heimat des polnischen Papstes strömen die Trauernden zusammen. 500.000 finden sich täglich zu Gedenkprozessionen und Messfeiern auf der Blonia-Wiese bei Krakau ein. Eine Million Gläubige werden dort bei der Übertragung der Beisetzungsfestlichkeiten am Freitag, dem 8. April, erwartet. 120 polnische Malteser, verstärkt durch ein sechsköpfiges Sanitätsteam der deutschen Malteser aus Dortmund, Gütersloh und Haltern, betreuen die Pilger. „Für die Menschen in Polen ist der Tod des Papstes mehr als der Verlust eines geliebten Menschen“, schildert Teamchef Tillmann Grund, der bereits zahlreiche Wallfahrten nach Polen sanitätsdienstlich begleitet hat, die Gefühle der Bevölkerung. „Es ist die Erschütterung des geistlichen und staatlichen Fundaments einer ganzen Nation“.

Mehr als 1.000 Pilger betreuen die deutschen Malteser Helfer in der Trauerwoche in Rom. Nach dem Ende der Beisetzungsfestlichkeiten am Freitag Mittag zieht Einsatzleiter Benedikt Liefänder in der Malteser Sanitätsstation auf der Via della Conciliazione ein erstes Fazit: „Diese Trauerfeier hat wahrscheinlich jeden Menschen auf der Welt beeindruckt und bewegt. Auch die Einsatzkräfte der Malteser, die hier seit fast einer Woche unermüdlich ihren Dienst tun.“ Daneben hat ihn der organisatorische Umgang mit der gewaltigen Menschenansammlung vor dem Petersplatz in der Vorbereitung des Weltjugendtages in Köln bestärkt: „Das Sanitätskonzept der Malteser für den Weltjugendtag ist richtig. Unser Plan, wie man Hunderttausende Menschen auf engstem Raum sicher versorgt, ist heute in unserem Einsatzbereich bestätigt worden.“

Verband der Arbeitsgemeinschaften
der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes
in der Bundesrepublik
Deutschland e.V.

Sicherheitskommunikation und Führungsorganisation im Wandel

Anforderungen, Strategien sowie organisatorische und technische Aspekte eines modernen Informations- und Kommunikationsmanagements im Bereich der inneren Sicherheit und des Bevölkerungsschutzes diskutierten am 3. Februar 2005 Experten anlässlich einer weiteren Fachtagung der Alcatel SEL Stiftung für Kommunikationsforschung in der Akademie der Wissenschaften, Berlin.



Prof. Dr. Klaus Lenk, Universität Oldenburg, beschrieb in einem viel beachteten Beitrag die Vorgehensweise des von der Stiftung gegründeten Hochschulkollegs E-Government, um im Bereich der Sicherheitskommunikation zu einem ganzheitlichen integrierten Ansatz zu gelangen.

Debatten um ein Zusammenführen von Führung und Kommunikation in der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in so genannten „Bunten Einsatzleitstellen“ beherrschen beispielsweise in Niedersachsen gegenwärtig den Diffusionsprozess zwischen Innenministerium, den Kommunen, Feuerwehren, Rettungsdiensten und Polizei. Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann rechnet mit erheblichen Kosteneinsparungen und verspricht sich „von der Reduzierung der insgesamt 49 integrierten Leitstellen (Brandschutz, Hilfeleistung, Rettungsdienst und Katastrophenschutz) sowie der 29 Leitstellen der Polizei auf nur noch etwa 10 „Bunte Leitstellen“ einen deutlichen Sicherheitsgewinn“. Es müsse mit Einführung des Digitalfunks zu Kostenminimierungen kommen, begründete er sein Konzept, das auf einer ersten regionalen Leitstellenkonferenz am 12. April 2005 in Braunschweig vorgestellt worden ist. Auf die Frage, wie im Katastro-

phenfall zu verfahren sei, wenn die gemeinsame Leitstelle ihre Führungsfunktion an den Stab der Katastrophenschutzbehörde abzugeben habe, gab man zur Antwort: „Dann müsse jeder Kreis eben wieder eine Fernmeldezentrale-HVB vorhalten“.

Der Verwaltungswissenschaftler Lenk gab in seinem Beitrag zu bedenken, dass allein Kostengesichtspunkte nicht der Maßstab im Bereich von Sicherheitsüberlegungen sein dürfen, ohne dass deren Einbettung in die Handlungspraxis der beteiligten Institutionen in allen Konsequenzen bedacht würde. Bei den Organisationen des Katastrophenschutzes dürfen eben nicht halb fertige Technikanwendungen und Organisationsmodelle für eine gesellschaftlich kurzschlüssige Argumentation herhalten. Statt dessen ist nach Lenk zu fordern, daß sich nachhaltige Innovationen im Sicherheitsbereich nur im Konnex von Systemsicht, sozio-technischer Sicht und Prozesssicht erreichen lassen. Die konsequente Prozessanalyse ermöglicht dann auch eine synergetische und symbiotische Modularisierung.

So gesehen ist eine Einsatzleitung oder eine Einsatzleitstelle in erster Linie ein Leistungsnetzwerk, deren Leistungsprozesse selbstverständlich auch über Organisationsgrenzen und Verwaltungsebenen hinweg neu gestaltet werden können. In modularen Leistungsnetzen sollten Leistungsträger arbeitsteilig und organisationsübergreifend die Leistungsprozesse übernehmen, die sie in der jeweiligen Gefahrensituation am besten zu beherrschen vermögen.

Der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Christoph Unger, hat bei der Alcatel-Tagung in Berlin die Beiträge seiner Behörde an der Gestaltung eines umfassenden und vernetzten Krisenmanagement-Systems hervorgehoben. Da die Gestaltung eines Systems der vernetzten Sicherheit wichtiger Bestandteil der neuen Strategie für den Bevölkerungsschutz sei, bedarf es im Bereich der IuK-Technologien ebenfalls einer abgestimmten strategischen Ausrichtung, um Kompatibilitäts- und Koordinationsprobleme (Insellösungen) zu vermeiden. Dieses Leistungsnetzwerk müsse auch die verschiedenen Ebenen des Krisenmanagements (lokal, regional, national und europäisch) berücksichtigen. Unger empfahl, auch einen Blick auf IuK-Entwicklungen im militärischen Bereich zu werfen und für zivile Anwendungen zu nutzen. Europäische Forschungsprojekte werden eine wichtige Grundlage für ein Krisenmanagement-System schaffen, das Füh-

rungs- und Organisationsprozesse in allen Phasen und auf allen Ebenen des Bevölkerungsschutzes national und international unterstützen soll. Die Entwicklung und Einführung mit IuK-Unterstützung umfassend vernetzter Führungs- und Koordinationssysteme für das Krisenmanagement lasse sich nur partnerschaftlich und in enger Abstimmung zwischen Bund, Ländern, Kommunen und den verschiedenen Leistungsträgern voran bringen, so Unger.

Die Komplexität einer derart durchgängigen Vernetzung des Informations- und Kommunikationsmanagements im Sicherheitsbereich beinhaltet zweifellos Risiken. Auch muß sich innovative Technik in die Prozesse, Strukturen und gesellschaftliches Umfeld integrieren lassen. Fragen der Sicherheit und Organisation von IuK-Strukturen widmet sich deshalb am 7. Juni 2005 eine weitere Tagung der Alcatel SEL Stiftung an der TU Darmstadt mit dem Thema „Sicherheitskommunikation in Großräumen“. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei. Anmeldungen werden per E-Mail an sel.stiftung@alcatel.de oder schriftlich an die Alcatel SEL Stiftung, Lorenzstraße 10, 70435 Stuttgart, erbeten.

Klaus-Dieter Kühn

Christoph 8 in Lünen an den ADAC übergeben

Auch in Zukunft hält der Bund Hubschrauber als besonderes Führungs- und Einsatzmittel des Zivilschutzes vor. Damit kann die Luftrettung der Länder weiterhin unterstützt werden. Bundesinnenminister Otto Schily hat entschieden, dass die Anzahl der Stationen von 16 auf 12 reduziert wird. Bis Mitte 2006 soll diese Maßnahme umgesetzt werden.

Als erste Station wurde in Lünen der Flugbetrieb zum 1. April 2005 an die ADAC Luftrettung übergeben. Der Hubschrauber war unter maßgeblicher Beteiligung des ADAC am 23. Dezember 1974 in Dienst gestellt worden. Von dieser Frühzeit der Luftrettung an gehörte die Station Lünen zu einer festen Größe. Regelungen der zuständigen Stellen für den Einsatzbetrieb hatten Modellcharakter. Konstant hohe Einsatzzahlen unterstreichen den Stellenwert: Von 1993 bis 2004 startete Christoph 8 zu mehr als 12.000 Einsätzen.

Zu einer Feierstunde auf dem Gelände des Landeplatzes am St.-Marien-Hospital hatte der Kerntäger der Station, der Kreis Unna, zahlreiche Gäste eingeladen, unter ihnen Ministerialdirektor Dr. Rüdiger Kass (BMI), Michael Makiolla, Landrat des Kreises Unna, Leitender Polizeidirektor im BGS Gerd Schäfer (Führer der BGS-Fliegergruppe) sowie Werner von Scheven, Vizepräsident für Technik des ADAC.

Landrat Makiolla überbrachte die Grußworte der für die Luftrettung zuständigen Landesministerin Birgit Fischer und des Ministers für Bundes-, Europaangelegenheiten und Medien NRW, Wolfram Kuschke. Im Namen der Trägergemeinschaft für Christoph 8 gab Makiolla einen Rückblick über die Geschichte der Station und bedankte sich insbesondere beim BGS für die über 30jährige außerordentlich gute Zusammenarbeit bei mehr als 27.000 Einsätzen. Der orangefarbene Zivilschutz-Hubschrauber sei in der Vergangenheit Garant für schnelle ärztliche Hilfe im östlichen Ruhrgebiet und den benachbarten Regionen von Münster- und Sauerland gewesen. Mit dem nachfolgenden Betreiber, der ADAC Luftrettung, sei ein Garant für die Fortführung dieser Arbeit gefunden worden.

Dr. Rüdiger Kass, Abteilungsleiter BGS im BMI, erinnerte an die hohen Einsatzzahlen der Station in mehr als 30 Jahren Luftrettung in Lünen.

Nicht unerwähnt lassen wollte er den vorübergehenden Einsatz eines Hubschraubers der Heeresflieger in der Zeit von Juli 1976 bis Dezember 1977. Dem hohen fliegerischen Können der BGS-Piloten zollte er Dank und Anerkennung. Ausdrücklich betonte der Vertreter des BMI das zukünftige Engagement des Bundes an 12 Stationen der Luftrettung.

In einem kurzen Abriss lies der Verwaltungsleiter des St.-Marien-Hospitals, Axel Weinand, die Geschichte der Station von Anfang an bis zur Abgabe noch einmal Revue passieren. Als Besonderheit hob er hervor, dass die beiden damaligen BGS-Beamten Gerd Schäfer und Lutz Aufenacker, der jetzt für die ADAC Luftrettung tätig ist, den Hubschrauber



Ablösung: der Zivilschutzhubschrauber des Bundes (v.) wurde am 1. April durch eine ADAC-Maschine ersetzt. (Foto: Schröer)

an seinen Standort Lünen überführt hatten und zusammen mit dem Ersten Polizeihauptkommissar im BGS, Herrmann Hellwig, Pilot des 24. Dezember 1974, anwesend waren.

Der Kommandeur der BGS-Fliegergruppe ergänzte in seinen Ausführungen mit eindrucksvollen Schilderungen aus der Geschichte der Station die Vordner und bedankte sich bei allen Beteiligten für die lange und gute Zusammenarbeit.

Auch Werner von Scheven würdigte in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des ADAC für Technik die Leistungen der zurückliegenden Zeit. Mit der problemlosen Übernahme des Flugbetriebes durch die ADAC Luftrettung habe es einen nahtlosen Übergang gegeben. Der Einsatz eines modernen Hubschraubers vom Typ Eurocopter (EC) 135 verbessere die

Einsatzmöglichkeiten und die Arbeitsbedingungen für die medizinische Besatzung. Von Scheven versicherte, dass sich der ADAC auch zukünftig in der Öffentlichkeit für die Belange der Luftrettung einsetzen werde. Abgerundet wurden seine Worte mit Ergänzungen von Gerhard Kugler, dem früheren Geschäftsführer der ADAC Luftrettung, aus der Anfangszeit. Bürokratische Hindernisse und fehlende Finanzmittel erforderten den Einsatz unkonventioneller Verfahrensweisen zur Indienststellung der ersten Hubschrauber. *Schröer*

Seenotkreuzer BERLIN löscht in Flammen stehenden Havaristen

In den Abendstunden des 29. April 2005 geriet am Ausgang der Kieler Förde eine Motoryacht in Brand. Der Seenotkreuzer BERLIN der Deutschen Gesell-



Schon vor dem Eintreffen der Retter war das Boot von der Besatzung auf Grund gesetzt worden..
(Foto: DGzRS)

schaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) lief sofort nach der Alarmierung aus und konnte das Feuer innerhalb kürzester Zeit löschen. Trotz des schnellen

Eingreifens der Seenotretter konnten der Eigner des Bootes nach Beendigung der Brandbekämpfung nur einen Totalschaden verzeichnen. Menschen kamen bei diesem Unfall nicht zu Schaden.

Um 21:10 Uhr war die Routine an Bord des in Laboe stationierten Seenotkreuzers BERLIN schlagartig zu Ende. Vormann Stefan Lohmann: „Über die SEENOTLEITUNG BREMEN der DGzRS rief eine Motoryacht Mayday. Feuer sei an Bord. Innerhalb von zwei Minuten liefen die Motoren, die Landverbindungen waren gelöst und unsere BERLIN lief auf nordöstlichem Kurs mit voller Fahrt zu dem vier Seemeilen entfernten Havaristen.“

Vor Ort bot sich den Rettungsmännern der DGzRS nur 15 Minuten nach der Alarmierung ein dramatisches Bild. Die Motoryacht stand hell in Flammen. Von Bug bis Heck brannte das aus Kunststoff gebaute Boot vom Typ Bayliner. Bereits auf dem Anfahrtsweg hatte Stefan Lohmann die leistungsfähige Feuerlöscheinrichtung der BERLIN von seinen Rettungsmännern an Bord des Seenotkreuzers aktivieren lassen.

Bis zu 33000 Liter Löschwasser kann die SAR-Einheit (SAR = Search and Rescue/Suche und Rettung) über die beiden im oberen Fahrstand befindlichen Monitore pro Minute in den Brandherd werfen. Weitere Verteiler und Kupplungen zur Löschwasserversorgung befinden sich auf dem Vor- und Achterschiff der BERLIN. Angetrieben wird die Pumpe von dem mehr als 1600 PS starken Mittelmotor. Zum Manövrieren nutzt der Seenotkreuzer im Brandfall dann seine Backbord- und Steuerbordmaschine.

„Offensichtlich hatte der Motor der Yacht Feuer gefangen,“ so DGzRS-Vormann Stefan Lohmann. „Geistesgegenwärtig hatte der Skipper das Boot im Uferbereich auf Grund gesetzt und die vier an Bord befindlichen Personen konnten sich zu Fuß durch den Brandungsbereich an Land retten. Die lichterloh brennende Yacht war zu diesem Zeitpunkt schon verloren.“

Unterstützt wurden die Seenotretter bei diesem Einsatz von den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr Wendtorf. Zur Zeit des Unfalls wehte ein umlaufender Wind der Stärke eins bis zwei. Die Wassertemperatur betrug acht Grad. Bei der Motoryacht handelte es sich um einen Neubau, der sich auf seiner Überführungsfahrt in die Nordsee befand.

Ulf Kaack

Psychische Erste Hilfe bei unverletzt-betroffenen Kindern in Notfallsituationen

Von Harald Karutz
LIT Verlag Münster 2004
204 Seiten, € 19,90
ISBN 3-8258-8207-1

Der Autor ist hier kein Unbekannter; in den Ausgaben 4-02 und 1-03 von [Bevölkerungsschutz](#) erschien sein Beitrag „Psychische Situation von Kindern in Notfällen“. Dieser Artikel beschäftigte sich mit der psychischen Situation von Kindern, sowohl betroffenen als auch lediglich anwesenden, in Notfällen und enthielt Hinweise für die psychosoziale Betreuung von Kindern direkt am Einsatzort.

Das nun vorliegende Buch grenzt das Thema noch weiter ein und beschäftigt sich ausschließlich mit Kindern, „die einen Notfall zwar *körperlich unverletzt* miterlebt haben, aber durch das bloße Erleben *psychisch betroffen* sind“.

Es sei hier vorweggenommen: insbesondere für den interessierten Laien ist das Werk nicht leicht lesbar, da es inhaltlich und formal strengen wissenschaftlichen Ansprüchen genügt. Nach Darstellung des Autors handelt es sich um seine zur Veröffentlichung nur unwesentlich überarbeitete, 2003 von der Universität Dortmund angenommene Dissertation. Dennoch lohnt sich die Lektüre, da Vergleichbares bisher nicht vorliegt und auch mit einigen Klischeevorstellungen aufgeräumt wird.

Harald Karutz beschäftigt sich eingehend mit dem bisherigen Forschungsstand und der Praxis im Rettungsdienst um schließlich in beiden Bereichen erhebliche Defizite festzustellen, insbesondere das Fehlen empirischer Untersuchungen wird bemängelt.

Diesen Erkenntnissen gegenübergestellt werden die Ergebnisse einer eigenen empirischen Studie, basierend auf strukturierten Interviews mit 96 Kindern, die eine Notfallsituation miterlebt haben. In erster Linie sollte die Klärung folgender Fragen herbeigeführt werden:

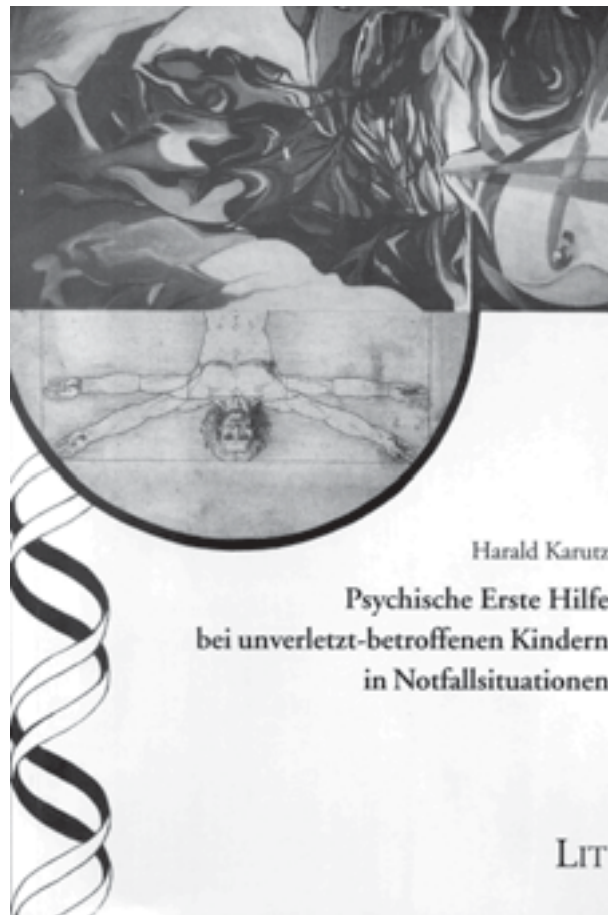
- Treffen die bisher veröffentlichten (theoretischen) Überlegungen zur Psychischen Ersten Hilfe bei unverletzt-betroffenen Kindern eigentlich zu?
- Inwiefern müssen die bisherigen Ausführungen ergänzt bzw. eventuell auch korrigiert werden?

Und tatsächlich stimmen die aus dieser Studie gewonnenen Ergebnisse teilweise nicht mit dem bisherigen Stand überein. So ist die Wahrscheinlichkeit einer psychischen Traumatisierung von Kindern, die eine Notfallsituation miterlebt haben, nicht so hoch wie bisher angenommen.

Besonders interessant dürfte auch die Erkenntnis sein, dass das bisher empfohlene sofortige Abschirmen der Kinder vom weiteren Geschehen nicht ratsam ist. Vielmehr scheint es geboten, die Aufmerksamkeit auf Ablauf und Abschluss der Hilfeleistungen zu lenken, um das Gefühl eines unerledigten Geschehens nicht aufkommen zu lassen.

Das erarbeitete Konzept zur Psychischen Ersten Hilfe stellt einen deutlichen Fortschritt dar und ist allen Interessierten und Verantwortlichen zu empfehlen.

nps



Termine 2005

28. bis 29. Mai 2005:

Jubiläumskongress
25 Jahre Deutsche
Gesellschaft für Kata-
strophenmedizin e.V.
„Kritische Infrastruktur“
Ort: Berlin
Info: www.dgkm.org

*

29. Mai bis

3. Oktober 2005:
Aus Sturm und Not –
140 Jahre Deutsche
Gesellschaft zur Rettung
Schiffbrüchiger
Ort: Focke-Museum in
Bremen.

*

6. bis 11. Juni 2005:

Interschutz 2005
Internationale Messe für
Rettung, Brand-/Kata-
strophenschutz und
Sicherheit
Ort: Messe Hannover

*

6. bis 11. Juni 2005:

Interpolice
Internationale Fachauss-
stellung für Polizei und
Innere Sicherheit
Ort: Messe Hannover

*

8. und 9. Juni 2005:

EU-Konferenz „Risk and
Emergency Management
– Research and Policy
Perspectives“

Ort: Hannover
Info: www.vfdb.de/riskcon

*

16. bis 17. Juli 2005:

25 Jahre Christoph 18.
Medizinische Seminare
und Tag der offenen Tür
Ort: Ochsenfurt
Info: presse@drf.de
Tel.: 0711/7007 2203
0711/7007 2204

*

26. August bis

4. September 2005:
Sonderausstellung „Ret-
ten, Bergen, Schützen“
im Rahmen der Messe
„Du und deine Welt“
Ort: Hamburg
Info: [www.hamburg-
messe.de](http://www.hamburg-
messe.de)

*

11. September 2005:

3. Deutsche Meister-
schaften der Feuerwehren
im Marathon und
Halbmarathon
Ort:
Brechen-Oberbrechen,
Kreis Limburg-Weilburg
Info: Jens Bitterer,
Schlehenweg 22,
65611 Oberbrechen
Telefon: 0163-5050204
E-Mail: [marathon2005@
j-bitterer.de](mailto:marathon2005@
j-bitterer.de)

*

13. bis

15. September 2005:
German BioSafety –
Forum für Detektion,

Persönliche
Schutzausrüstung und
Dekontamination.

Internationaler
Fachkongress und
Fachaussstellung
Ort: Stuttgart, Haus der
Wirtschaft

Info: [info@german-bio-
safety.de](mailto:info@german-bio-
safety.de) oder
www.german-biosafety.de

27. und

28. September 2005:
Tag der offenen Tür der
Bundesregierung
Ort: Berlin

*

21. bis

22. Oktober 2005:
7. Berliner Rettungs-
dienstsymposium
Ort: Charité Berlin
Info: [www.berliner-feuer-
wehr.de](http://www.berliner-feuer-
wehr.de)

*

24. bis

27. Oktober 2005:
A+A
Weltleitmesse und Kon-
gress für Arbeitsschutz
und Arbeitsmedizin
Ort: Düsseldorf
Info: [www.AplusA-
online.de](http://www.AplusA-
online.de)

*

11. und

12. November 2005
Forum Brandschutzer-
ziehung und -aufklärung
Ort: Frankfurt
Info: [www.brandschutz-
aufklaerung.de](http://www.brandschutz-
aufklaerung.de)

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postf 200351, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern
vom Bundesamt für
Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe (BBK),
Deuschherrenstraße 93-95,
53177 Bonn

Verlag: BBK,
Internet:
<http://www.bbk.bund.de>
E-Mail:
redaktion@bbk.bund.de

Erscheint im Februar, Mai,
August und November. Redak-
tionsschluss ist jeweils der 10.
des Vormonats.

Chefredaktion:
Alexander Krapf
Telefon 01888-550-354
Redaktion:
Nikolaus Stein
Tel.: 01888-550-362
Rainer Schramm
Tel.: 01888-550-365

Fax 01888-550-436

Layout: Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und
Vertrieb:
Moeker Merkur Druck GmbH
Niehler Gürtel 102
50733 Köln
Postf. 600569, 50685 Köln
Tel.: 0221-74908-0
Fax: 0221-74908-18

Manuskripte und Bilder nur an
die Redaktion. Für unverlangt
eingesandte Beiträge keine
Gewähr. Nachdruck einzelner
Beiträge, auch im Auszug, nur
mit Quellenangabe und mit
Genehmigung der Redaktion
gestattet.
Mit Namen gezeichnete Beiträ-
ge geben die Meinung des
Verfassers wieder und müssen
nicht unbedingt mit der Auffas-
sung der Redaktion über-
einstimmen.

Einzelpreis □ 1,90
Abonnement jährlich □ 7,50
zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeit-
schrift im Falle höherer Gewalt
oder bei Störung des Arbeits-
friedens besteht kein Anspruch
auf Haftung.

Heute: Zitadelle Jülich, Nordrhein-Westfalen



Auf Grund seiner verkehrsgünstigen Lage an einem Rur-Übergang und der Nähe zu Köln wurde Jülich, lateinisch Iuliacum, als Knotenpunkt wichtiger römischer Straßen um Christi Geburt gegründet. Nach dem Ende der römischen Herrschaft siedelten sich um 486 die Franken in Jülich an. Im Jahr 881 wurde die Stadt bei einem Normanneneinfall zum ersten Mal zerstört, jedoch unmittelbar danach wieder aufgebaut und befestigt. Weitere Male wurde die Stadt 1114 durch Kaiser Heinrich V., 1214 durch Friedrich II. und 1239 durch den Kölner Erzbischof zerstört.

Als Folge anhaltender Feindseligkeiten zwischen den Grafen (seit 1356 Herzöge) von Jülich und den Kölner Erzbischöfen wurden die Befestigungsanlagen immer weiter ausgebaut; so entstanden um 1340 der Hexenturm, heute eines der ältesten Bauwerke Jülichs, und zwei weitere große Stadttore, das Kölner und das Dürener Tor.

Nach den verheerenden Stadtbränden 1473, 1512 und 1547 und der Erkenntnis, dass die mittelalterliche Stadtmauer den modernen Pulvergeschützen nicht mehr standhalten würde, beauftragte Herzog Wilhelm V. den italienischen Architekten Alessandro Pasqualini, Stadt und Zitadelle nach neuesten Erkenntnissen und Idealvorstellungen der Zeit neu aufzubauen. So entstand ab 1549 die Renaissancestadt und -festung Jülich mit einem Residenzschloss innerhalb der Befestigungsanlagen; diese als „palazzo in fortezza“ bezeichnete Konzeption ist die einzige noch erhaltene Anlage dieser Art im nördlichen Europa. Während der napoleonischen Besetzung erfolgte die Anlage des Brückenkopfes an der Rur, 1815 fiel Jülich an Preußen und blieb bis zur Schließung im Jahr 1860 Festungsstadt.

Bei dem verheerenden Bombenangriff am 16. 11.1944, bei dem die Stadt zu 97% zerstört wurde, erlitt auch die Schlossanlage erhebliche Schäden.

Seit 1966 wurden Zitadelle und Schloss weitgehend originalgetreu restauriert. Zu erwähnen sind besonders die Fassade des Ostflügels mit der archi-



Die Zitadelle mit Schloss (o., Foto: Fotostudio Petersen, Jülich) ist eine von fünf Bastionen der Gesamtanlage. Die Wälle der Bastion Johannes (u., Foto: Museum Zitadelle Jülich) sind 15 m hoch.



tektonisch wertvollen Schlosskapelle, der Nordflügel sowie das Renaissanceportal (Nordportal) zum Schlosshof.

mk



Die wachsende Bedeutung einer reibungslos funktionierenden Kooperation der Katastrophenschutzkräfte in einem zusammenwachsenden Europa zeigte die EU-Übung EURATECH vor wenigen Wochen in Frankreich.

Französische, belgische, tschechische, italienische und deutsche Spezialisten übten in Echtzeit die Umsetzung des EU-Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz (Titelbild, Beitrag S. 17).

"Mit den Fahrzeugen für den erweiterten Katastrophenschutz stellt der Bund den Ländern eine wichtige Grundlage für die effektive Hilfeleistung im Katastrophenfall zur Verfügung", sagte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper (im Bild o. mit Malteser-Helfern sowie dem Präsidenten des BBK, Christoph Unger, li., und dem Staatssekretär im NRW-Innenministerium, Hans Krings, re.) bei der Übergabe von 33 Betreuungslastkraftwagen (BtLKW) an das Land NRW am 1. März. Auch diese Fahrzeuge, wie alle, die der Bund den Ländern zur Ergänzung des Katastrophenschutzes zur Verfügung stellt, wurden durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) entwickelt, erprobt und beschafft (S.37).

(Titelbild: Uelpenich, Foto oben: Stein)